Nr. 243. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 3. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Grodnos äußere Fortlinie gefallen. – Brody besetzt.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. September 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Vogesen nördlich von Münster führte am 31. August unser Angriff zur Wiedereroberung der in den Kämpfen vom 18. bis 23. August an die Franzosen verlorenen Grabenstücke. Die Kammlinie Lingekopf—Barrenkopf ist damit wieder in unserem Besitz. Gegenangriffe wurden abgewiesen. 72 Alpenjäger sind gefangen genommen, 3 Maschinengewehre erbeutet.

Ueber Avocourt (nordwestlich von Verdun) wurde ein französisches Flugzeug von einem unserer Kampfflieger heruntergeschossen; es stürzte brennend ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

An der Bahn Wilna—Grodno wurde der Ort Czarnokowale gestürmt. Bei Merecz macht unser Angriff Fortschritte.

Auf der Westfront von Grodno ist die äußere Fortlinie gefallen: norddeutsche Landwehr stürmte gestern das nördlich der Straße Dombrowo—Grodno gelegene Fort 4 — die Besatzung — 500 Mann — wurde gefangen genommen; am späten Abend folgte die Eroberung des weiter nordwestlich gelegenen Forts 4a mit 150 Mann Besatzung durch badische Truppen. Die übrigen Werke der vorgeschobenen Westfront wurden darauf von den Russen geräumt.

Oestlich des Forstes von Bialystok sind die Uebergänge über den Swislocz von Makarowce (südöstlich von Odelsk) ab aufwärts nach Kampf von uns besetzt.

Die gestrige Gesamtbeute der Heeresgruppe beträgt 3070 Gefangene, 1 schweres Geschütz, 3 Maschinengewehre.

Bei Osowiec wurden außerdem drei vom Feinde in den Sumpf versenkte schwere Geschütze ausgegraben.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Der Austritt aus dem Nordostrande des Bialowieska-Forstes ist gestern erkämpft. Durch Ueberfall bemächtigten wir uns nachts der Jasiolda-Uebergänge im Sumpfgebiet nördlich von Pruzana; 1000 Gefangene wurden eingebracht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Muchawiec-Abschnitt wurde auf der ganzen Front in der Verfolgung überschritten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Verfolgung fielen gestern über 1000 Gefangene und 1 Maschinengewehr in die Hände der deutschen Truppen.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 2. September. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 2. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die im Gebiete des wolhynischen Festungsdreiecks eingeleitete Verfolgung der Russen macht gute Fortschritte. Unsere Streitkräfte haben von Luck aufwärts den Styr in breiter Front überschritten. Auch in Ostgalizien befindet sich der Feind neuerlich im Rückzuge. Die Truppen des Generals v. Boehm-Ermolli rückten in Brody ein und dringen heute östlich dieser Stadt über die Reichsgrenze vor. Der Nordflügel des Generals Graf Bothmer verfolgt auf den von Zborow gegen Zalocze und Tarnopol führenden Straßen. Der geschlagene Feind weicht gegen den Sereth. Die Armee des Generals Pflanzer-Baltin warf die Russen gestern unter heftigen Kämpfen über die Höhen östlich der unteren Strypa zurück. Dadurch wurde auch die Dnjestrfront bis zur Serethmündung hinab erschüttert und zum Rückzug gezwungen. Hinter den russischen Stellungen an der bessarabischen Grenze stehen zahlreiche Dörfer in Flammen. Die nordöstlich Kobrin kämpfenden k. k. Truppen treiben im Verein mit unseren Verbündeten den Feind allmählich in das Sumpfgebiet der oberen Jasiolda zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage auf dem italienischen Kriegsschauplatz hat sich auch gestern nicht geändert. An der Tiroler Front sind die Tonale-Sperren und auf der Hochfläche vor Lavarone—Folgaria außer den Werken auch unsere Stützpunkte Monte Maronia und Monte Coston unter feindlichem Geschützfeuer. Im Kärntner Grenzgebiete wurden schwächere italienische Angriffe auf dem Monte Peralba und das Bladner Joch abgewiesen. An der küstenländischen Front dauerten die Artilleriekämpfe mit mäßiger Stärke fort. Die technischen Arbeiten des Feindes wurden an mehreren Stellen wirksam gestört.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 2. September. (W. T. B.) Mitteilung des Großen Generalstabes: Am 30. und 31. August war an der Front Riga—Dünaburg eine Tätigkeit des Feindes nur in der Gegend von Friedrichstadt bemerkbar, wo die Lage im wesentlichen unverändert ist. Am rechten Wilija-Ufer setzten wir unser Vordringen erfolgreich fort und nahmen den Deutschen am 30. August 4 Geschütze und einige Maschinengewehre ab. Zwischen Wilija und Njemen setzte der Feind seine Offensive fort und besetzte den Flecken Orany am rechten Meretschanka-Ufer. Die Kämpfe haben fortdauernd einen erbitterten Charakter. Eines unserer Regimenter, welches vom Feinde umzingelt war, befreite sich, indem es ein deutsches Bataillon vernichtete und 70 Mann mit einem Offizier gefangen nahm.

In der Gegend westlich von Grodno warfen wir am 31. August eine Reihe kräftiger Angriffe der Deutschen zurück. Auf der übrigen Front bis zum Pripiet keine wesentliche Veränderung in unserer Aufstellung.

In der Gegend von Luck und in Galizien halten wir den Feind auf, indem wir uns auf eine verkürzte Front zurückziehen und den feindlichen Truppen durch Gegenstöße große Verluste beibringen. Die Summe unserer Gefangenen an Oesterreichern, Ungarn und Deutschen übersteigt 100 Offiziere und 7000 Soldaten, davon ein Drittel Deutsche mit einigen Dutzend Subaltern- und höheren Offizieren. Die heftigsten Angriffe machte der Feind am 30. und 31. August in der Gegend von Radzikhoff (?) Radzieckow (?), Solotschew, Zborow und Burkanow an der Strypa und bei Buczacz; überall wurde der Feind mit außerordentlich großen Verlusten zurückgeworfen. In der Gegend von Zborow machte der Feind eine Reihe von sich wiederholenden Angriffen, deren letzter von unseren Truppen durch eine Gegenoffensive abgewiesen wurde. Auch die Kämpfe in der Gegend von Burkanow und Buczacz zeichneten sich durch große Erbitterung aus; wir wiesen dort viele Angriffe durch Feuer und mit dem Bajonett ab; an einigen Orten war der Feind nicht imstande, einen längeren Nahkampf auszuhalten und zog sich in seine Gräben zurück, indem er Gefangene in unseren Händen ließ.

Japanische Munitionslieferungen für Rußland.

London, 1. September. (W. T. B.) „Times" meldet aus Tokio: Die Regierungsarsenale arbeiten mit voller Kraft an der Herstellung von Munition für die Verbündeten, besonders für Rußland. Auch die Privatfabriken sind zu diesem Zweck mobilisiert worden.

Die Festung Grodno.

Der Krieg Ende August.

Von Richard Gädke.*)

Der dreizehnte Monat des Krieges ist zu Ende gegangen, und auch unsere Feinde gestehen jetzt zu, daß sie einen gewaltigen Fehler in ihren Berechnungen gemacht haben: sie haben nicht an die lange Dauer der Kraftanspannung geglaubt, die es uns ermöglicht, einer Welt von Feinden siegreich zu widerstehen. Weder finanziell und wirtschaftlich noch militärisch! Vor einem Jahre verneinten sie, daß wir mit unseren großen Augustsiegen des Jahres 1914 im Westen unseren Höhepunkt erreicht hätten, während die Verbündeten erst im Laufe eines Jahres ihr erdrückendes Uebergewicht würden geltend machen. Und jetzt, im August 1915, haben wir noch weit nachhaltigere und größere Erfolge im Osten errungen, während unsere Gegner entweder nicht vorwärts kommen oder in voller Auflösung weichen. Man kann kaum zu einem anderen Schluß kommen, als daß Frankreich am Ende seiner Anstrengung angelangt ist und daß die Rekrutierung in England, bei der wachsenden Abneigung der Arbeiterschaft, ihre Haut zu Markte zu tragen, bei weitem nicht die Ergebnisse liefert, auf die man zuversichtlich gehofft hatte. Gewiß darf man nicht vergessen, daß inzwischen das Dardanellen-Abenteuer gekommen ist, das England viele Soldaten und viel Blut gekostet hat. Aber als Endergebnis bleibt bestehen, daß der französische Oberfeldherr nicht geglaubt hat, den russischen Verbündeten in seiner schwersten Stunde beistehen zu können. Während wir nach der Theorie längst erschöpft am Boden liegen sollten, sind es unsere Feinde, die entweder fliehen oder einen Angriff auf uns nicht mehr wagen. Es sind feindliche Berechnungen, die unsere Stärke im Osten auf 1,4 Millionen (dazu 1 120 000 Oesterreicher) und die im Westen auf 1,8 Millionen Streitbare berechnen. Wohl verstanden, die Stärke in der Kampffront, wonach natürlich die Gesamtstärke im Feindesland erheblich höher sein müßte. Und so verschieben sie denn bereits jetzt unsere endgültige Niederlage auf das Jahr 1916. Noch immer bauen sie darauf, daß doch zu guter Letzt einmal die gewaltige Volkszahl des riesigen Rußland ihr erdrückendes Uebergewicht zur Geltung bringen müsse. Und vergessen immer wieder, daß Menschen keine Soldaten sind.

Ich selbst habe immer die Zeit, die zur Ausbildung eines brauchbaren Soldaten erforderlich ist, besonders in Kriegszeiten, nicht sehr hoch veranschlagt. Aber unter allen Umständen höher, als den Russen bei dem raschen Verlauf der Operationen bisher zur Verfügung gestanden hat! Entscheidender und auch für die Zukunft beruhigend sind andere Erwägungen. Die Menschen, die man rasch in Krieger verwandeln will, müssen heute mehr als jemals gewisse Eigenschaften mitbringen: Begeisterung, Willigkeit, Zuversicht und vor allen Dingen Intelligenz. Wie steht es damit in Rußland? Zu ihrer Ausbildung müssen geeignete Lehrer vorhanden sein: Unteroffiziere und Offiziere, die selber ihren Dienst gründlich verstehen, desto gründlicher, je kürzer die Ausbildungszeit ist! Um sie im Feldheer mit Nutzen verwenden zu können, dürfen die festen, kriegserfahrenen Stämme nicht gar zu gering sein. Schon Napoleon hat mit seinen Rekrutenheeren im Jahre 1813 nach den riesigen Einbußen des russischen Feldzuges schlechte Erfahrungen gemacht. Die Stämme endlich, die durch Rekruten ausgefüllt werden sollen, dürfen selber in ihrer Moral nicht gebrochen sein. Wie steht es mit all diesen Voraussetzungen in Rußland? Und — last not least — die Menschen müssen ausgerüstet, bewaffnet, mit Schießbedarf versehen werden, sie bedürfen zahlreicher Fahrzeuge, um leben zu können. Daß es damit in Rußland schlimm steht, wissen wir aus den eigenen Geständnissen unserer Feinde. Wird diesem Mangel in irgendwie absehbarer Zeit abgeholfen werden können?

Umgekehrt sehen wir, daß das deutsche Heer in Galizien und Polen fortdauernd imstande gewesen ist, seine Schlagfertigkeit zu bewahren, trotzdem es natürlich in dem vier Monate dauernden Feldzuge, in dem tagtäglich geschlagen wurde, ebenfalls beträchtliche Verluste erlitten haben wird. Offenbar ist ihm fortdauernd Ersatz zugeflossen, und auch dadurch hat es sich seine Ueberlegenheit über den Gegner bewahrt.

Daß dessen Verluste ungeheure sein müssen, wissen wir alle aus der erstaunlichen Zahl an Gefangenen, die er verloren hat. Man wird darum die Zahl von 1,4 Millionen Verluste, die der Generalstab schätzt, eher noch als zu gering annehmen dürfen. Jedenfalls ist das Heer, das gegenwärtig auf Minsk zurückweicht, als Ganzes genommen nicht mehr kampffähig. Das beweist auch der rasche Fall von Brest-Litowsk. Kein Zweifel, daß dessen Aufgabe schon seit Mitte August beschlossene Sache war; es sollte ebenso wie Warschau

*) Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß die Aufnahme der Artikel des Herrn Verfassers nicht die Zustimmung zu allen seinen Anschauungen bedeutet. Die Red. d. „V."

und Iwangorod nur als Nachhutstellung dienen, um den zurückflutenden russischen Marschsäulen, die mit der vertriebenen Bevölkerung des Landes, mit Haus- und Wirtschaftsgerät aller Art belastet waren, Zeit und Raum für den Abmarsch zu gewinnen. Diese Aufgabe hat die Festung in vollem Maße nicht erfüllen können. Der deutsche Sturmangriff brach den Widerstand des Feindes früher, als dieser erwartet hatte. Und so wurde die Hauptmasse erreicht und mußte mit Teilen erneut Front machen! Das wird die Verluste des Feindes wiederum steigern, seine Zerrüttung vermehren. Und das um so mehr, als sein Fußvolk schutzlos dem Feuer unserer Geschütze preisgegeben ist. Nun steht auch Grodno vor seinem Fall! Wie Weichsel- und Narew-Linie ist auch der breite Abschnitt des Njemen in unserer Hand. Darf man hier einmal einen Blick rückwärts werfen? Wie anders wäre der Verlauf des Krieges gewesen, wenn unsere Grenze am Njemen gelegen hätte, wenn Kowno, Olita, Meretsch, Grodno von deutschen Truppen besetzt gewesen wären. Wahrscheinlich, daß es dann nie zu einem Einfall in Ostpreußen gekommen wäre. Oder wenn Hindenburg nach seinen Siegen bei Tannenberg und Angerburg-Lötzen stark genug gewesen wäre, schon damals diese starke Schutzwehr den Russen zu entreißen!

Die befestigten Stromabschnitte haben der russischen Heeresführung unsagbare Vorteile gewährt; sie boten ihnen sichere Zuflucht, wenn sie geschlagen zurückgingen; aus ihnen brachen sie immer von neuem wieder hervor, nachdem sie ihre Heere ergänzt hatten; hinter ihnen leisteten sie den deutschen Angriffen hartnäckigen Widerstand. Man denke nur an den langen, langen Stellungskrieg vor Warschau.

Durchbrochen wurde dieser Panzer erst, als die Heeresgruppe Mackensen vom Süden her in den offenen Rücken dieser Landesbefestigung einbrach. Man soll also den Wert solcher vorbereiteten Schlachtfelder mit dauernden Verteidigungswerken nicht gering anschlagen. So lange sie in Verbindung mit dem Feldheere stehen, und so lange diesem der Rücken frei bleibt, werden sie nach wie vor ihren zwingenden Einfluß auf die Kriegsführung behalten. Erst wenn die Verbindung zwischen Festung und Feldarmee gelöst ist, dann werden sie schwach, dann verlieren sie ihre Bedeutung. Darum hat freilich die einzelne Festung nur geringen Wert, desto höheren die befestigten Linien, deren Flanken gegen Umgehung geschützt sind.

Die Russen bereiten sich schon auf den Fall von Wilna und Riga vor, selbst die Berichte des Generalissimus gestehen ein, daß die Deutschen in den letzten Tagen Raum in dieser Richtung gewonnen haben. Selbst Dünaburg scheint nicht mehr sicher. Und schon erklären die Zeitungen, daß das russische Heer hinter die Beresina gehen werde, wo angeblich eine starke Verteidigungsstellung angelegt wird. Ob der Großfürst Nikolaus in seinem Innern noch hofft, dort seine Massen zum Stehen zu bringen, stark genug zu sein, um erneut um den Sieg zu ringen? Ist Dünaburg gefallen, dann ist seine rechte Flanke auch hinter der Beresina nicht mehr sicher.

100 Kilometer dahinter liegt der stärkere Abschnitt des Dnjepr mit Smolensk. Dort hätte nach der Meinung vieler Napoleon im Jahre 1812 Halt machen sollen, um erst einmal sein Heer wieder zu ergänzen und auszuruhen, die Manneszucht herzustellen und die Verpflegung zu ordnen. Weite Räume feindlichen Landes hätte dort auch unser Heer hinter sich, eines fruchtbaren Landes, das trotz heißer Bemühungen der Russen doch nur unmittelbar neben den Marschstraßen gründlich verwüstet ist und zweifellos noch reiche Hilfsmittel birgt. Das Forttreiben der Bevölkerung, die man wie Herden Viehes mit sich schleppt, schadet den Russen mehr als uns.

Endgültige Entschlüsse wird unsere Heeresleitung wohl erst fassen, wenn sie besser übersehen kann, in welcher Stärke und in welcher Verfassung das feindliche Heer sich der Verfolgung unserer Truppen entwunden haben wird.

Noch ist es nicht soweit!

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. September. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag. Im Laufe der Nacht einige Artillerieaktionen um Neuville-St. Vaast und im Gebiete von Roye und Auberive-sur-Suippe. In den Argonnen herrschte während des gestrigen Tages lebhafte Kanonade nördlich von Fontaine-Houyette und in Hautechevauchée. Die Nacht war ruhig. In den Vogesen warf der Feind gestern abend nach einer heftigen Beschießung mit Granaten mit erstickenden Gasen einen heftigen Angriff gegen unsere Schützengräben am Lingekopf und am Schratzmännle vor. Wir behaupteten unsere Stellungen. In der Mitte der Nacht wurde ein neuer deutscher Angriff zurückgeworfen.

Paris, 2. September. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Artillerieunternehmungen im Abschnitt nördlich Arras, in den Gebieten von Roye und Quennevières. Der Feind warf einige Granaten auf Soissons und Reims. Unsere Artillerie richtete ein sehr wirksames Feuer gegen die feindlichen Schützengräben an der Aisne und in der Champagne. In den Argonnen bewarfen die Deutschen tagsüber unsere Front mehrmals mit Minenwerfern und mit Artillerie verschiedener Kaliber, besonders zwischen der Schlucht von Houyette und von Fontaine-aux-Charmes. Unsere Batterien und in den Schützengräben befindlichen Kampfwerkzeuge erwiderten und brachten den Feind zum Schweigen. In den Vogesen ziemlich heftiges Artilleriefeuer am Ban-de-Sapt und am Combelkopf.

Unsere Flugzeuge bombardierten in der Nacht vom 28. zum 29. August die deutschen Anlagen in Ostende, das Lager in Middelkerke und den Bahnhof Thouront. Feindliche Flugzeuge belegten Lunéville mit Bomben. Es werden Opfer in der Zivilbevölkerung gemeldet.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 2. September. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Im Rochnoce eröffnete unsere Artillerie das Feuer gegen die feindlichen Verschanzungen, die gegenüber den von uns kürzlich eroberten Stellungen am Eingange des Strignotales errichtet worden sind. Ihr wirksames Feuer beschädigte diese Verschanzungen und zwang die Verteidiger, einen Teil der Werke aufzugeben. Die feindliche Artillerie von Monte Panarotta und im Suganatal erneuerte die Beschießung gegen das seither geräumte Borgo und eröffnete aus der Umgebung von Scherz im Cordevoletal das Feuer auf Caprile, wo ein Krankenhaus beschädigt wurde. Im Becken von Flitsch warf der Gegner zahlreiche Brandgranaten auf die bewohnten Orte und rief dort wiederum Brände hervor. In der Nacht vom 30. zum 31. erfolgte noch ein Angriff gegen unsere Stellungen auf den Abhängen von Rombon, der sich jedoch auf ein lebhaftes Artillerie- und Infanteriefeuer gegen unsere Stellungen beschränkte. Auf dem Karst unternahm der Gegner am späten Abend des 30. August, während ein heftiges Gewitter wütete, zwei Angriffe unter gleichzeitiger reichlicher Verwendung von Leuchtraketen, aber unsere Truppen vermochten diese beiden Angriffe durch ihr wohlgezieltes Feuer zurückzuweisen. Kühne Aufklärungen, die von uns gegen die Linien des Feindes vorgeschoben wurden, stellten fest, daß dieser die die Schützengräben besetzenden Truppen durch frische, in den allerletzten Tagen an unserer Front eingetroffene Truppen ersetzt hatte. Eine ungewöhnliche Tätigkeit des Gegners, die sich durch das Feuer seiner Artillerie und Infanterie sowie durch sein Bombenwerfen kundgibt, scheint offensichtlich dazu bestimmt zu sein, die Bewegungen seiner Truppen zu verschleiern.

Italienischer Offiziersersatz.

Bern, 2. September. (W. T. B.) „Corriere della Sera" erfährt aus Turin, daß aus der dortigen Kriegsschule zwölfhundert neuausgebildete Offiziere an die Front abgingen. An ihrer Stelle werden 1000 Polytechniker und Studenten zu Offizieren ausgebildet. „Stampa" erfährt aus Ancona: Generalmajor Cartella, der am 20. August durch Granatsplitter mehrfach verletzt wurde, ist im Hospital in Pesaro gestorben.

Zu den Dardanellenkämpfen.

Konstantinopel, 1. September. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront hat sich nichts Wichtiges ereignet. Bei Sedd ul Bahr hat der linke Flügel und die Artillerie des Feindes unter Vergeudung einer ungeheuren Menge von Munition sich vergebens bemüht, unsere Schützengräben zu zerstören. Von vier Bomben, welche mit Minenwerfern geschleudert worden waren, fielen zwei auf die eigenen Schützengräben des Feindes, worauf dieser das Bombenwerfen einstellte. Am 30. August zwangen unsere Meerengen-Batterien feindliche Minensucher, welche sich dem Dardanelleneingang näherten, zum Rückzuge. Dieselben Batterien zerstreuten noch andere Minensucher, welche in der Gegend der Spitze von Sedd ul Bahr erschienen waren, und beschossen wirksam die Stellung der feindlichen Fußtruppen von Sedd ul Bahr. — Sonst ist nichts von Bedeutung vorgefallen.

Vom U-Bootkrieg.

London, 2. September. (W. T. B.) „Lloyds" meldet: Der Dampfer „Savona" mit 1180 Tonnen ist versenkt worden. 17 Mann der Besatzung wurden gerettet. Drei Mann werden vermißt.

Der Krieg und die Kolonien.

Zur Lage in Kamerun.

London, 2. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Staatssekretär der Kolonien empfing ein Telegramm von dem Gouverneur Nigeriens mit der Mitteilung, daß der Ort Gaschaka in Kamerun am 16. August ohne Widerstand besetzt wurde. Am 21. August wurde die feindliche Stellung bei Gaschaka unerwartet angegriffen. Der Feind zog sich zurück.

Paris, 2. September. (W. T. B.) Eine Mitteilung des Kolonialministers besagt, daß die im Osten und Südosten von Kamerun tätigen französischen Abteilungen in Fortsetzung ihrer Angriffsbewegung in Richtung auf Jaunde, die gegenwärtige Hauptstadt der Kolonie, nach Kämpfen am 23. und 24. August die Station Dume besetzten.

Die Deutschen gaben ihre Stellungen von Niassi und den Posten zwischen Monbiaume und Mallaboidume auf.

Bevor der Feind abzog, äscherte er die Station Dume ein und ließ starke Nachhuten auf dem die Stadt beherrschenden Hügel zurück, dessen wir uns nach erbittertem Kampfe bemächtigten. Nach Einnahme der Station Dume wandte sich eine französische leichte Abteilung mit einer Kanone und einem Maschinengewehr gegen Abong-Mbang, welches sie am 29. August einnahm. Der Feind scheint sich nach Norden zu wenden, um neuen Widerstand bei Joko vorzubereiten.

Aburteilung der Aufrührer auf Ceylon.

London, 1. September. (W. T. B.) „Morning Post" meldet aus Kalkutta: Hier sind die Urteile dreier Kriegsgerichte gegen Teilnehmer an den kürzlichen Unruhen auf Ceylon veröffentlicht worden. Verurteilungen erfolgten wegen Verschwörung und Hochverrats. Sechs Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, elf zu lebenslänglichem Zuchthaus, vierzehn zu 14—20 Jahren Zuchthaus und 30 zu Gefängnisstrafen von einem Jahre bis zu zehn Jahren. Das Kriegsgericht zu Kandy verurteilte neun Angeklagte zum Tode. (Als Ursachen der Unruhen waren bisher religiöse Streitigkeiten zwischen Mohammedanern und Buddhisten angegeben worden.)

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

London, 1. September. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus New York, daß Graf Bernstoff nach Washington abgereist sei. Man glaube, daß er neue Depeschen von Berlin mit sich führe.

*

Berlin, 2. September. (W. T. B.) **Wie wir erfahren, hat der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, der Regierung der Vereinigten Staaten weisungsgemäß mitgeteilt, daß nach den bestehenden Instruktionen Passagierdampfer nicht ohne vorherige Warnung und ohne daß das Leben der Nichtkombattanten in Sicherheit gebracht sei, versenkt werden sollen. Hierbei werde natürlich vorausgesetzt, daß die betreffenden Schiffe nicht zu fliehen versuchen und keinen Widerstand leisten, widrigenfalls sie sich ohne weiteres der Zerstörung aussetzen. Es ist anzunehmen, daß die Zwischenfälle mit Amerika hierdurch ihre Erledigung finden.**

Vorwürfe gegen das englische Ministerium.

London, 2. September. (W. T. B.) „Times" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Geschäftsführung des englischen Ministerrates, der jetzt zweimal in der Woche je zwei Stunden lang tage und von Einzelfragen so stark in Anspruch genommen werde, daß jede ernste Erörterung großer Aenderungen der Politik, die der Krieg erheische, ausgeschlossen erscheine. Es werde sogar Verwirrung, Zaudern und Mangel an Zusammenhang in der Kriegführung verursacht. Als Beispiel führt die „Times" den Aufschub der Entscheidung in der Baumwollfrage, der Erledigung des Berichts der Kommission für Erzeugung von Lebensmitteln, der Wehrpflicht und der Kohlenfrage an. Es sei zweifelhaft, ob das Ministerium jemals zwei Stunden der Balkanpolitik gewidmet habe. Zahllose Unterausschüsse des Ministeriums arbeiteten sämtlich in Abteilungen von ziemlicher Abgeschlossenheit. Das Ministerium sei für die Kriegführung zu groß und tage zu selten.

Lebensmittelfragen in England.

London, 2. September. (W. T. B.) Der vorläufige Bericht der Kommission über die Erzeugung von Lebensmitteln in England und Wales ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Kommission, in der der als Schutzzöllner bekannte Lord Milner den Vorsitz führt, tritt für die Umwandlung des geringeren Weidelandes in Ackerland ein, wodurch die Getreideproduktion vermehrt und die Viehproduktion kaum vermindert werden würde. Es wäre möglich, die Anbaufläche für Weizen um eine Million Acres gleich 50 Proz. zu vermehren. Es sei aber notwendig, falls die Regierung Höchstpreise einzuführen wünsche, einen Mindestpreis festzusetzen. Dieser sei auf 55 Schilling zu bemessen. — „Daily Chronicle" hält die Vorschläge dieser Kommission für wertlos, da sich die Anbaufläche für Getreide bereits durch den natürlichen Antrieb höherer Preise um über 20 Prozent vermehrt habe.

London, 2. September. (W. T. B.) Die Milchproduzenten kündigen eine Erhöhung der Milchpreise wegen Arbeitermangels und Steigerung der Produktionskosten an.

Der englische Bergarbeiterkonflikt.

London, 1. September. (W. T. B.) Wie die „Times" berichtet, ist der Ausgleich zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern auf der Grundlage erfolgt, daß der Schiedsspruch des Handelsministers Runciman sofort unverändert angenommen, aber durch ein besonderes Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ergänzt werden soll, wonach die Maschinisten, Heizer usw., die in dem Schiedsspruch von der Kriegszulage ausgeschlossen waren, diese jetzt erhalten sollen. Als Datum für den Beginn der Zahlung wurde der 21. August vereinbart. Die heutige Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter in Cardiff lehnte es trotz dringender Aufforderungen aus London ab, ihre Beschlüsse bis morgen aufzuschieben. Der Antrag auf sofortigen Streik wurde nur mit 1244 gegen 1128 Stimmen abgelehnt. Inzwischen beschlossen lokale Versammlungen der Bergleute, dem früheren Beschluß gemäß sofort in den Ausstand zu treten. Die Anzahl der Ausständigen beträgt 25000.

„Morning Post" bezeichnet den Ausgleich als einen Triumph der extremen Führer der Bergleute. Diese betrachteten sich als allmächtig und die Regierung als zu hilflos, um Widerstand zu leisten oder dem Gesetze Gehorsam zu verschaffen.

Die Behandlung deutscher Frauen in England.

London, 2. September. (W. T. B.) Das Pressebureau erklärt, daß der Artikel der „New Yorker Staatszeitung", in dem gesagt wird, daß deutsche Frauen und Kinder in London schlechter Behandlung und Verfolgung ausgesetzt seien, eine falsche Vorstellung von dem Stande der Dinge gebe. Nach der Versenkung der „Lusitania" sei es allerdings zu Ausschreitungen gekommen. Im übrigen bestehe keine Neigung, an deutschen Frauen und Kindern persönlich Rache zu nehmen. Jeder deutschen Frau, die mit oder ohne Kinder in die Heimat zurückzukehren wünsche, werde Gelegenheit dazu gegeben.

Scharfe sozialdemokratische Kritik in der Duma.

Petersburg, 1. September. (W. T. B.) Ueber Kopenhagen. „Rjetsch" meldet über die Dumasitzung vom 26. August: Der Sozialdemokrat Skobelew führte bei Besprechung der Einführung der Einkommensteuer aus, es sei eine bekannte Tatsache, daß die russische Regierung im Laufe des Krieges das Land desorganisiert habe. Sie habe keinen Kredit mehr, weder im Auslande noch beim russischen Volke. Die ganze Weisheit der Finanzpolitik sei die Notenpresse. Eine derartige Politik sei dasselbe wie die Politik eines Falschmünzers. Das Sinken des Rubelkurses sei eine Katastrophe, durch die die schlimmste Teuerung für Unbemittelte hervorgerufen worden sei. In der letzten Sitzung hätte ein Redner begeistert über den angeblichen Beginn einer Reformära geredet. Allerdings seien Reformen in Polen eingeführt worden, als ganz Polen bereits besetzt war, die Autonomie Polens sei proklamiert worden, als von der polnischen Bevölkerung nur noch polnische Abgeordnete und Reichsratsmitglieder vorhanden waren; allerdings sei den Juden die Freizügigkeit gewährt worden, aber erst, als sie bereits zwangsweise durch das ganze Land gejagt worden waren. Derartige Reformen aber seien eine Verhöhnung des ganzen Landes. Die Einführung der Einkommensteuer bedeute wiederum Befreiung des Grundbesitzes von Steuern. Dafür seien alle kulturellen Gesellschaften mit Steuern belegt worden. Alles dieses seien keine Reformen, sondern nur neue Machtmittel in der Hand der Regierung. Das Land erwarte von der Duma jetzt Taten. Die Duma habe es bereits ausgesprochen, daß die Regierung das Land bestohlen und betrogen habe (der Redner erhielt hier einen Ordnungsruf vom Präsidenten), aber die Duma habe sich betrügen lassen; es habe ihr schon genügt, wenn einige Generale unter Anklage gestellt wurden. Man habe die Fraktionen herangezogen, um Milliardenverdienste zu verteilen, aber die Regierung sei ohne Kontrolle geblieben. Das Land ist enttäuscht, fuhr Skobelew fort, es gärt eine heilige Wut. Nur von unten herauf kann das Volk aus der Sackgasse befreit werden, in die die Regierung es gebracht hat, die solche phänomenalen Desorganisatoren, Diebe von Staatsgeldern und Verräter herangezüchtet hat. (Rufe von der rechten Seite: Hinaus mit Dir! Entzieht ihm das Wort!) Der Redner erhielt schließlich einen dritten Ordnungsruf. Die Einkommensteuervorlage wurde dann angenommen.

Petersburg, 1. September. (W. T. B.) Ueber Kopenhagen. „Rjetsch" meldet: 32 Mitglieder der Nationalistenpartei der Duma sind unter Führung des Grafen Bobrinski aus der Fraktion ausgetreten und haben eine liberale Gruppe gebildet, um mit der Oppasition zusammen zum Wohle des Vaterlandes zu arbeiten und gegen den neugegründeten Schwarzen Block Front zu machen. Im Interpellationsausschuß hielt der Judenführer Friedmann über die Judenfrage eine große Rede, deren Abdruck von der Zensur verboten worden ist.

Russische Finanzoperationen.

Petersburg, 1. September. (W. T. B.) Die Duma erörterte den Gesetzentwurf, durch den das der Staatsbank zustehende Recht zur Ausgabe von Papiergeld erweitert werden soll. Der Berichterstatter Schingareff (Kadettenpartei) legte dar, daß nach den amtlichen Angaben im Jahre 1915 die Kriegsausgaben sich auf 7242 Millionen Rubel belaufen, was zusammen mit 2847 Millionen Rubel an ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben insgesamt zehn Milliarden ausmacht. Schingareff führte weiter aus: Die Kreditoperationen ergaben seit dem 14. Januar 1915 4181 Millionen Rubel. Das erwartete Ergebnis der ordentlichen Einnahmen wird auf 2796 Millionen Rubel geschätzt. Es bleiben noch Kreditoperationen auszuführen, die sich auf 3200 Millionen Rubel belaufen. Die ordentlichen Einnahmen lassen nach den Schätzungen des Ministers ein Defizit von ungefähr 836 Millionen Rubel erwarten. Der schwere Krieg legte dem russischen Staate eine große Menge von Verpflichtungen auf. Der Staat hat schon mehr als 6 Milliarden Rubel durch Anleihen aufgenommen und wird in der nächsten Kriegsperiode eine vielleicht noch höhere Summe aufnehmen, aber er wird den Krieg bis zum siegreichen Ende fortführen, ohne sich vor der ungeheuren Größe der Ausgaben zu fürchten. (Einstimmiger Beifall und allseitige Zustimmung.) Wir sind stolz darauf, laut aussprechen zu können, daß die russische Finanzgeschichte niemals einen Augenblick gekannt hat, wo der russische Staat mit der Bezahlung seiner Schulden im Rückstand geblieben wäre. Da jetzt die Steuern nicht die genügenden Mittel liefern, ist es notwendig, sich an den öffentlichen Kredit zu wenden. Schingareff pflichtet der Regierung darin bei, daß sie den Boden vorbereiten müsse für den Abschluß bedeutender Anleihen auf dem ausländischen Markte und erklärte weiter: Wir haben im Auslande eine ziemlich große Summe bekommen, als wir uns an den öffentlichen Kredit wandten; indessen ist die Summe, die wir auf dem inneren Markte erzielt haben, dreimal so groß. Außer den langfristigen Kreditoperationen ist es möglich, von der weiteren Ausdehnung des Notenemissionsrechtes Gebrauch zu machen, das als Reserve bleibt. Der zur Erörterung stehende Gesetzentwurf schafft für Rußland im Vergleich zu Frankreich und Deutschland keine Ausnahmestellung, da Rußland in diesem Augenblick die größte Goldeckung für sein Papiergeld besitzt, abgesehen vielleicht von England, wo der freie Verkehr niemals aufgehört hat. Indem Schingareff behauptete, daß Rußlands Goldvorrat größer als sonst in der Welt sei, fand er, daß dieser Barvorrat an Gold nichtsdestoweniger auch in der Zukunft auf der gleichen Höhe gehalten werden müsse. Auch müsse man eine große Menge Gold, das unnötigerweise im Umlauf sei, aus dem Verkehr ziehen. Der Finanzminister schloß sich der Ansicht der Finanzkommission an über die Notwendigkeit, einen Finanzplan auszuarbeiten und erklärte, daß trotz der Heranziehung des inneren Geldmarktes in einer bisher unerhörten Ausdehnung, die sich auf drei Milliarden Rubel belaufe, die Nation noch gewaltige Ersparnisse besitze, die der Minister demnächst nutzbar zu machen gedenke. Was den äußeren Geldmarkt angehe, so zweifelte der Minister nicht, daß im Hinblick auf die nahe bevorstehende Vereinbarung der Regierungen der Alliierten es gelingen wird, alle seine zukünftigen ausländischen Zahlungen sicher zu stellen. Im Hinblick auf die Verwendung des überschüssigen Papiergeldes, das für den Umlauf im Lande überflüssig sei, hat der Minister das Netz der Sparkassen erweitert und ihre Operationen erleichtert.

Englisches Urteil über die Balkanlage.

Manchester, 2. September. (W. T. B.) „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel über die Balkanfrage: Eine baldige Entscheidung am Balkan ist kaum wahrscheinlich. Die Balkanstaaten sind klein und arm und würden zum Eingreifen doppelte Bürgschaft dafür verlangen, daß sie auf der siegreichen Seite stehen und daß der Krieg kurz ist. Die russischen Niederlagen sprechen für einen Aufschub. Die wiederholten Erklärungen der Verbündeten, daß der Krieg lange dauern werde, sind keine Verlockung zu frühzeitigem Eingreifen. Der Schluß liegt nahe, daß die Balkanstaaten unwiderrufliche Schritte möglichst lange aufschieben werden. Sie werden schließlich eingreifen, aber der Zeitpunkt ist noch nicht in Sicht, wenn nicht eine schnelle Entscheidung an den Dardanellen oder ein angriffsweises Vorgehen Deutschlands ihn beschleunigt.

Das Buhlen um die Balkanmächte.

Genf, 2. September. (W. T. B.) „Journal de Génève" läßt sich aus Paris berichten, es sei unbedingt notwendig, daß Serbien dem Rate des Vierverbandes vollständig nachkomme. Ein Eingreifen Bulgariens scheine zur Einnahme Konstantinopels unbedingt notwendig. Die Regierungen des Vierverbandes seien bereit, bei Griechenland und Serbien energische Schritte zu unternehmen, um sich der Mitwirkung der bulgarischen Regierung zu versichern. In Paris sei die Rede davon, die Armee, und zwar vielleicht diejenige, mit deren Oberbefehl General Sarrail betraut worden ist, Serbien zur Hilfe zu schicken und zu diesem Zwecke die Strecke von Saloniki nach Nisch zu besetzen und es an Bulgarien auszuliefern, falls dieses seine Mitwirkung gegen Konstantinopel zugestehen würde. Dies würde auch ein Eingreifen Rumäniens zur Folge haben. Durch ein solches Vorgehen würde die ganze Balkanfrage gelöst werden, da auch Griechenland gezwungen wäre, Partei zu ergreifen. Bisher habe man in Paris von solchem Vorgehen nur Abstand genommen, weil man Griechenland keine Gewalt antun wollte. Da aber Griechenland der Bundesgenosse Serbiens sei, sei das mindeste, was man von ihm erwarten könne, daß es sich der Landung in Saloniki nicht widersetze.

Zu dem gescheiterten deutsch-englischen Verständigungsversuch.

London, 2. September. (W. T. B.) In der Mitteilung des Auswärtigen Amts über die englisch-deutschen Verhandlungen wird als Abschluß noch angeführt, daß die beiden vom Grafen Metternich vorgeschlagenen Ergänzungen zu der von Grey im März 1914 angebotenen Formel folgenden Wortlaut hatten: Entweder 1. England wird daher mindestens wohlwollende Neutralität bewahren, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen wird, oder 2. England wird daher selbstverständlich neutral bleiben, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen wird.

London, 2. September. (W. T. B.) „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel über die deutsch-englischen Verhandlungen von 1912: Die Angelegenheit blieb dabei nicht stehen. Der Balkankrieg brach aus und die Londoner Konferenz trat zusammen, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Sie kam zusammen auf Einladung Sir Edward Greys und war hauptsächlich infolge seiner Stellungnahme erfolgreich. Grey gab wiederholt, besonders im Fall von Skutari Deutschland und Oesterreich den stärksten Beweis der Freundschaft und der Entschlossenheit, keine Politik zu unterstützen, die nach Angriffslust auf ihre Kosten aussah. Das militärische Gleichgewicht in Europa war damals zweifellos mehr zugunsten Frankreichs und Rußlands als 1914, und wenn die Tripleentente jemals einen Angriff beabsichtigte, so wäre damals die rechte Zeit gewesen. Statt dessen trat die Entente beständig für den Frieden ein. Die einzige Macht, die aufbrauste, war Oesterreich, und was tat Deutschland, nachdem es diesen Aufschub erhalten hatte? Es erhob eine große Kriegssteuer und vermehrte die Armee, die Artillerie, die Munition gewaltig und vereinbarte mit Oesterreich, den Streit mit Serbien vom Zaune zu brechen. So stürzte es in kürzester Frist diejenigen, die unentwegt Friedenswünsche bewiesen hatten, in furchtbarster Form in den Krieg.

Politische Uebersicht.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 2. September. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Entwurf einer Bekanntmachung zur Erweiterung der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915; der Entwurf einer Verordnung zur Beschränkung der Milchverwendung, und der Antrag Bayerns, betreffend Anerkennung der Reifezeugnisse der Gymnasialkurse bei den höheren Mädchenschulen in Bayern als ausreichenden Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung für das medizinische Studium.

Zur Eingabe der Wirtschaftsverbände.

Die Eingabe der sechs großen Wirtschaftsverbände: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Westfälischer Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Reichsdeutscher Mittelstandsverband, die im Mai an den Herrn Reichskanzler gerichtet wurde, und in welcher für Gebietserwerbungen größten Umfanges im Osten und Westen energisch eingetreten wurde, ist — wie wir von vertrauenswürdiger Seite erfahren — soweit der Bund der Landwirte in Frage kommt, nicht in dessen Mitgliederversammlung beschlossen worden, sondern nur in einer Ausschußsitzung, also im ganz kleinen Kreise. Die Mitglieder sind als solche überhaupt nicht über die Verhandlungen und Beschlußfassung der Eingabe informiert worden.

Die russischen Landarbeiter in Deutschland.

Die in Deutschland arbeitenden Russen stammen meist aus Russisch-Polen und sie verrichten ihre Arbeit mit wenigen Ausnahmen auf landwirtschaftlichen Gütern. Man kann diesen Leuten das menschliche Mitgefühl nicht versagen, namentlich nicht zu einer Zeit, wo ihre Heimat zerstampft ist von der Furie des Krieges, wo weite Bezirke Polens in rauchende Trümmerhaufen verwandelt sind. Vielen russisch-polnischen Arbeitern in Deutschland wird inzwischen doch wohl die Erkenntnis gekommen sein, daß es daheim, bei ihnen zu Hause, nicht zum Besten aussehen kann, und daß sie von Glück werden sagen können, wenn sie später ihre Angehörigen und deren Habe einigermaßen wohl erhalten antreffen. Den Arbeitern, die in Rußland militärpflichtig sind, wurde ja wohl ein gewisses Glück zuteil, aber bei nicht wenigen wird dieses Glück vor der sonstigen Not schon ziemlich verblaßt sein. Das gilt umsomehr natürlich von den weiblichen, den jugendlichen und den älteren Arbeitern.

Im Herbst vorigen Jahres sind für diese landwirtschaftlichen Arbeiter besondere Anordnungen durch die Generalkommandos erlassen worden, die im wesentlichen wohl übereinstimmten. Vom stellvertretenden Generalkommando in Münster ist diese Anordnung des Vorjahres vor einigen Tagen erneuert worden; es heißt:

„Der Befehl vom 5. Oktober 1914 bleibt ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zeit auch für die Zukunft bis auf weiteres in Kraft."

Der Befehl vom 5. Oktober 1914 ordnet „im Interesse der öffentlichen Sicherheit bezüglich der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten russischen Arbeiter" an:

Für die im Alter von 17 bis 45 Jahren stehenden männlichen russischen Arbeiter fällt die Karenz in diesem Jahre fort. Sie haben sämtlich den Winter über am Orte ihrer bisherigen Arbeitsstelle zu verbleiben und dürfen die Grenzen des Ortspolizeibezirks ohne schriftliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde überschreiten.

Sofern sich diese Russen zurzeit auf einer Arbeitsstelle befinden, auf der sie bereits seit mindestens dem 1. August 1914 (jetzt also 1. August 1915) beschäftigt werden, sind ihre bisherigen Arbeitgeber verpflichtet, ihnen während des Winters Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Hierfür ist von den russischen Arbeitern vom 1. Dezember ab eine Entschädigung von 50 Pf. pro Kopf und Tag zu bezahlen.

Solange die unmittelbare Heimkehr der unter 17 und über 45 Jahre alten männlichen und der weiblichen russischen Arbeiter in die Heimat aus militärischen und Verkehrsrücksichten nicht ausführbar wäre, hätten auch diese Arbeiter bis auf weiteres auf ihren bisherigen Arbeitsstellen zu verbleiben.

Die Erneuerung dieser Anordnungen auf unbestimmte Zeit ist für die landwirtschaftlichen Unternehmer sicher ein wesentlicher Vorteil, denn es werden ihnen dadurch billige Arbeitskräfte gesichert. Die den Unternehmern auferlegte Verpflichtung, den Arbeitern während des Winters Verpflegung und Unterkunft gegen geringes Entgelt zu gewähren, ist bei der Lage der Dinge wohl nirgends als eine Last anzusehen. In einer Anweisung der lippischen Regierung wird z. B. den Unternehmern mit Recht mehr abverlangt, als sie nach dem Befehl des Generalkommandos zu gewähren hätten. Diese Ausführungsanweisung besagt u. a.:

Es wird auch kein großes Opfer für die Arbeitgeber bedeuten, denjenigen Arbeitern, die, obwohl sie arbeitswillig sind, gleichwohl nicht beschäftigt werden können, während der Winterszeit Unterkunft und Verpflegung auch ohne Gegenleistung zu gewähren. Denn die Arbeitgeber haben dadurch, daß die Russen hier bleiben, diese bei beginnendem Frühjahr für die Erntearbeiten sicher zur Stelle und ersparen auch die Kosten für die Rückreise 1914 und die Herreise der Arbeiter im Frühjahr 1915. Nur in ganz besonderen Fällen, wo den Arbeitgebern die Gewährung freier Verpflegung und Unterkunft ohne entsprechende Gegenleistung nicht angesonnen werden kann, wird von den Arbeitern der Betrag von 50 Pf. für den Kopf und Tag für Verpflegung und Unterkunft zu verlangen sein. Um aber auch diese Fälle auf eine möglichst geringe Anzahl zu beschränken, sind die unteren Verwaltungsbehörden angewiesen, diese Fälle einzeln zu ermitteln und dafür zu sorgen, daß die betr. Arbeiter, wenn möglich, an anderen Arbeitsstellen unter günstigeren Bedingungen untergebracht werden.

Hier wird also unverblümt zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmer nicht opfern, wenn sie die ausländischen Arbeiter umsonst durch den Winter bringen. Und tatsächlich kann davon, daß die Arbeiter auf den landwirtschaftlichen Gütern ohne Beschäftigung durch den Winter gingen, ja auch nicht geredet werden, zumal nicht in dieser Kriegszeit. Das Verbleiben der Arbeiter an ihren bisherigen Arbeitsstellen hat jedenfalls für die landwirtschaftlichen Unternehmer wesentliche Vorteile, und man sollte erwarten, daß dementsprechend die besonderen Verhältnisse dieser Arbeiter überall soweit wie möglich berücksichtigt würden.

Von landwirtschaftlicher Seite ist in letzter Zeit öfter darauf hingewiesen worden, daß die Ausgaben der Landwirte an Arbeitslohn während des Krieges wesentlich gestiegen seien. Es wäre interessant zu erfahren, ob und in welchem Maße diese angebliche Steigerung des Lohnes auch diesen polnischen Arbeitern zugute gekommen ist.

Ein neuer Wahlrechtsvorschlag.

Im Scherlschen „Tag" nimmt ein Geheimer Justizrat Dr. Weihe (Kassel) zu der künftigen Abstufung des preußischen Wahlrechts das Wort. Dieser „Reformer" will das Wahlrecht abgestuft wissen nach dem Interesse, welches der Wähler an der Erhaltung des Staates hat und nach seinen Leistungen gegenüber dem Staat. Der Entdecker dieser neuen Idee gibt darüber noch folgende Aufklärung: „Von ersterem Gesichtspunkte aus ergibt sich die Notwendigkeit, den Besitz und das Einkommen bei Abstufung des Wahlrechts zu berücksichtigen, aber nicht in gleichem Maße.

Der Grundbesitzer, der angesessene Industrielle und Handwerker ist weit enger mit dem Staate verwachsen als der Kapitalist und reine Kaufmann; er hat demnach auch ein größeres Interesse an der Erhaltung des Staates als dieser, demnach muß auch seine Steuerleistung ein höheres Wahlrecht gewähren."

Das ist so ziemlich der rückständigste unter der Unzahl von Reformvorschlägen, die bis jetzt gemacht worden sind. Selbst die Pläne des Herrn v. Zedlitz werden dadurch noch in den Schatten gestellt. Ein Gutes haben aber diese Vorschläge: sie zeigen der Arbeiterklasse, daß sie von dem guten Willen der bürgerlichen Parteien mit wenig Ausnahmen absolut nichts zu erwarten hat.

Zu der Entgegnung des Herrn Professor Wolff

wird uns von dem gelegentlichen Mitarbeiter, der uns den Artikel über die rheinisch-westfälische Nationalökonomie gesandt hat, geschrieben:

„Die Berichtigung des Geheimrats Wolff zeichnet sich durch eine Entschiedenheit aus, die bei ihm anläßlich der Erörterungen über seine Berufung in den 1890er Jahren einigermaßen zu vermissen war. Als Herr von Stumm lebte und als Geheimrat Althoff noch wirkte, wäre zu den notwendigen Feststellungen bessere Gelegenheit gegeben gewesen. Mein Urteil und meine Erfahrungen stammen aus den Erinnerungen an die 1890er Jahre. Damals erklärten sich die Rezensenten des angezogenen Wolffschen Buches in den wissenschaftlichen nationalökonomischen Zeitschriften einmütig gegen den wissenschaftlichen Standpunkt und gegen die Methode, auch gegen die Beweismittel, die mit hohem Selbstbewußtsein in dem ersten und einzigen Bande des Wolffschen Buches „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" vertreten wurden. Dieses einmütige Urteil hinderte nicht die Berufung des Herrn Professor Wolff nach Breslau. Es galt damals in allen akademischen Kreisen als offenes Geheimnis, daß Herr v. Stumm ausnahmsweise seine Macht im Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und nicht im Handelsministerium spielen ließ. Nach der Berichtigung des Herrn Prof. Wolff muß man annehmen, daß er der einzige ist, der von diesem offenen Geheimnis nichts wußte.

Man behauptete auch damals, daß Herr Prof. Wolff durch ein reiches Abonnement seiner Zeitschrift im Saarrevier in die Lage versetzt wurde, die Zeitschrift für Sozialwissenschaft zu begründen und zu erhalten. Es ist merkwürdig, daß Herr Geheimrat Wolff erst aus dem „Vorwärts" diese über ihn verbreiteten Ansichten kennen lernt.

Letzte Nachrichten.

Arbeiterfragen in der Duma.

Petersburg, 2. September. (W. T. B.) „Rjetsch" berichtet über die Dumasitzung vom 27. August: Bei der Interpellation über die verurteilten sozialdemokratischen Dumamitglieder führte der Sozialdemokrat Tschenkeli aus, daß die Rechte der Duma mit Füßen getreten würden, da Mitglieder der Duma während der Tagung in Sibirien schmachteten. Er habe von Arbeiterorganisationen Zuschriften erhalten, die aussprächen, daß sie alle Mittel anwenden würden, um die Dumamitglieder zu befreien. Maklakow entgegnete, daß der Duma keinerlei Befugnisse zuständen, gegen einen rechtskräftigen Richterspruch etwas zu tun. Die Interpellation wurde abgelehnt, da die Duma keinerlei Befugnisse zum Einschreiten habe und andere Wege beschritten werden müßten, um die Verurteilten frei zu bekommen.

Bei der Interpellation wegen Erschießung streikender friedlicher Arbeiter in der Stadt Iwanowow-Wosenessenak führte der Sozialdemokrat Tschejidtze aus, am 23. August habe ein Streik in den dortigen Fabriken stattgefunden. Die Polizei sei eingeschritten und hätte etwa hundert Personen getötet oder verwundet. Der Redner hielt die Maßregel für eine Provokation der Regierung, um dadurch revolutionäre Bewegungen hervorzurufen, sodann die Schuld der Niederlage auf die Volksmassen abzuladen und dadurch die eigene Position zu stärken. Kerenski erklärte, daß im Innern Rußlands bereits deutliche Spuren der inneren Auflösung hervorträten. Derartige Erschießungen seien erschreckende Symptome für die Zustände, es sei offensichtlich, daß die Regierung direkt eine provokatorische Politik treibe.

Der Oberprokurator der Synode Samarin hat eine Kommission eingesetzt, die prüfen soll, was die Klöster für die Kriegsausgaben beisteuern können, und wieviel Gold sie insgesamt hätten, um dies der Staatskasse zuzuführen.

Gewerkschaftliches.

Die Militärsattler befaßten sich in ihrer letzten Branchenversammlung mit einigen Entscheidungen der Schlichtungskommission. Durch die Beschlagnahme des Messings mußte zu anderem Material z. B. beim Helmbeschlag gegriffen werden, wodurch sich die betreffenden Arbeiter erheblich benachteiligt fühlten. Die aus Eisenmaterial hergestellten Beschläge boten beim Verarbeiten große Schwierigkeiten und es konnte nicht so viel verdient werden wie beim Messingbeschlag. Die Differenz des Verdienstes schätzten die Arbeiter auf 20 Prozent. Diese Schätzung reduzierten die Arbeiter bei der Firma Reinhardt auf etwa 12 Prozent. Der Unternehmer berief sich demgegenüber auf den bestehenden Tarif und die Angelegenheit wurde der Schlichtungskommission unterbreitet. Es kam zu einer Einigung, in der bestimmt wurde, daß für das Beschlagen und Nieten der Helme mit Eisenmaterial in den einzelnen Betrieben Groß-Berlins 10 Prozent Aufschlag gezahlt werden soll. Ferner wurde erreicht, daß beim Nieten der Armee-Fernsprech-Futterale ein Zuschlag von 5 Pf. gezahlt wird. Außerdem wurde bei bestimmten Nieten an diesen Futteralen 1 Pf. zugelegt. Die Schlichtungskommission nahm auch eine Preisregelung bei den Kolonialausrüstungsstücken vor, die nicht im Tarif mit einbegriffen waren. Dagegen konnte in einem Artikel eine Einigung über den Preis vorläufig nicht getroffen werden.

Deutsches Reich.

Gewerkschaftler-Frauen.

Auch im Verwaltungsbereich des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat der Krieg mit seinen Folgen Lücken in die Reihen der Verbandsfunktionäre gerissen. Filialleiter, Kassierer, Hauskassierer, Geschäftsführer und andere Funktionäre wurden und werden noch immer eingezogen. Nicht immer hat sich aus den Reihen der männlichen Mitglieder Ersatz für die Einberufenen gefunden. Häufig genug wurden auch solche, die eben einen Posten in der Organisation übernommen hatten, ebenfalls abberufen um Kriegsdienste zu leisten. Der Deutsche Textilarbeiterverband kann, wie einige andere Gewerkschaften auch, die Tatsache konstatieren, daß aus den Reihen seiner weiblichen Mitglieder sich eine ganze Anzahl gefunden hat, welche die durch den Krieg verwaisten Posten übernahmen. Die Zahl der Frauen, die solche „Kriegsarbeit" leisten, dürfte sogar entsprechend der größeren Zahl weiblicher Mitglieder eine wesentlich höhere sein, als in anderen Verbänden. In neun Geschäftsstellen, die durch besoldete Angestellte verwaltet wurden, sind in acht Fällen die Frauen der Angestellten an die Stelle ihrer Männer getreten. Es sind dies die Geschäftsstellen Spremberg, Kottbus, Guben, Sagan, Breslau, Reichenau i. Sachsen, Ronsdorf, Delmenhorst und Reichenbach (Schl.). In Guben versieht neben der Frau des Geschäftsführers die Filialvorsitzende und in Kottbus ein weibliches Filialvorstandsmitglied den Bureaudienst. In den Orten Betschau, Stettin, Schönebeck, Rengersdorf, Liegnitz, Freiburg (Schl.), Bärenstein (Erzg.), Nördlingen, Nüringen, Sindelfingen, Göttingen, Geyer, Köln a. Rh., Langenberg (Rhl.), Mühlhausen (Thür.) und Kalbe haben in 9 Fällen die Frauen der Einberufenen die Verwaltungsgeschäfte übernommen, in einem Fall die Mutter und in vier Fällen Kolleginnen. In einigen Fällen haben die Frauen die Geschäfte so lange geführt, bis sich Kräfte aus den Reihen der nicht mehr wehrfähigen männlichen Mitglieder zur Uebernahme der Posten fanden, in einigen anderen Fällen sind die Männer nach einiger Zeit für dienstuntauglich erklärt und haben ihre Verbandsarbeit selbst wieder aufgenommen.

Auch andere Funktionen werden in erhöhtem Maße als in normalen Zeiten während der Dauer des Krieges von weiblichen Mitgliedern ausgeübt. So sind 29 Textilarbeiterinnen in den Ortsverwaltungen, 81 in den Arbeiterausschüssen und 89 als Unterkassiererinnen an die Stelle eingezogener Männer getreten. Die diesen Frauen bisher fremden Arbeitsgebiete wurden mit Umsicht und Geschick von ihnen beherrscht, so daß das gewerkschaftliche Leben in den Filialen keine wesentliche Unterbrechung erlitt. Weiter gelang es aber auch dem Beispiel und der Tatkraft dieser Frauen, neue Kräfte für die Verwaltungsarbeiten mobil zu machen. Und dafür wird ihnen die Anerkennung niemals versagt werden können. Daß alle Mitglieder und die verbliebenen Angestellten sich bemühen, den Frauen ihre Arbeit nicht zu erschweren, sondern ihnen helfend beispringen, muß ebenfalls anerkannt werden. Denn nach beendetem Kriege werden die Verwaltungs- und Organisationsarbeiten in vielen Verbänden mehr als vorher von Frauen erledigt werden müssen; alle Organisationen müssen mit starken Verlusten ihrer männlichen Mitglieder durch den Krieg rechnen. Wie vielfach in der Industrie, wird auch im Verwaltungskörper der Organisationen die Frau an geeigneten Stellen ihren Platz behaupten.

Gerichtszeitung.

Der geforderte Staatsanwalt.

Wegen Herausforderung zum Zweikampf hatte sich gestern der Rechtsanwalt Georg Krüger vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu verantworten. — Zwischen dem schon wegen Zweikampfs vorbestraften Angeklagten und dem Staatsanwalt Dr. Lehmann von der Staatsanwaltschaft I waren in einem Zivilprozeß, in dem es sich um Mietsstreitigkeiten handelte, Differenzen entstanden, die den Angeklagten zu einer Pistolenforderung gegen den Staatsanwalt veranlaßte. Die Folge war die jetzige Anklage wegen Herausforderung zum Zweikampf. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß erkannte die Strafkammer auf zwei Wochen Festungshaft.

Ausbeutung von Krankenpflegerinnen.

Zu einer Krankenpflegerin-Prüfung im Gerichtssaale kam es gestern in einer Verhandlung der Ferienstrafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Geh. Justizrats Warnatsch.

Wegen Betruges war die angebliche Krankenpflegerin Frida Netzband angeklagt. Die Angeklagte erließ in einer Zeitung ein Inserat, in welchem sie sich zur Ausbildung von Krankenschwestern innerhalb von vier Wochen anbot und sich gleichzeitig verpflichtete, den Betreffenden eine Stellung zu verschaffen. Es meldeten sich auf dieses Inserat hin mehrere junge Mädchen, darunter Arbeiterinnen, Plätterinnen u. a. Wie die Verhandlung ergab, bestand die ganze „Ausbildung" der Mädchen darin, daß sie sich täglich aus einem medizinischen Buch ein Kapitel über Körperbau vorlesen mußten, außerdem wickelte ihnen die Angeklagte eine alte Mullbinde um Arm, Beine oder Kopf und erklärte, daß dies ein Verband sei. Für diese merkwürdige Ausbildung mußten die jungen Mädchen 40 M. zahlen. Die geschädigten Mädchen erstatteten Anzeige wegen Betruges und das Schöffengericht verurteilte die schon vorbestrafte Angeklagte, da es sich um ein recht gemeingefährliches Vorgehen handele, zu fünf Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte die Angeklagte Berufung ein. Sie behauptete vor der Strafkammer, daß sie sehr wohl befähigt sei, Krankenpflegerinnen auszubilden. Sie sei kurze Zeit in zwei Irrenanstalten als Pflegerin tätig gewesen. Das Gericht kam zu dem Beschluß, sich mit eigenen Augen von den Kenntnissen der Angeklagten zu überzeugen. Es wurde der Gefängnisarzt Dr. Juda telephonisch herbeigerufen, ein Gerichtsdiener holte aus der Unfallstation im Gerichtsgebäude einen Verbandskasten herbei, die Rolle des „Verwundeten" spielte ein Referendar, der sich auf einem Stuhl vor dem Richtertisch niederließ. Die Versuche erwiesen die völlige Unfähigkeit der Angeklagten. Das ärztliche Gutachten ging dahin, daß die Angeklagte selbst nicht fähig sei, den Posten einer Krankenpflegerin auszufüllen, geschweige denn Krankenpflegerinnen auszubilden. Die Berufung wurde unter Bestätigung des ersten Urteils kostenpflichtig verworfen.

HERMANN TIETZ

193

Freitag, soweit Vorrat

Großer Lebensmittel-Verkauf

Billige Seife

Oberschal-Seife in Riegeln, zirka 2 Pfund 1.85
Palmöl-Seife in Riegeln, zirka 2 Pfund 2.00
Wasch-Seife grosses Stück 28 Pf.
Wachskern, Harzkern, Eschweger — 3 Stück ... 58 Pf.
Bleich-Seifenpulver 8 Pakete ..... 25 Pf.
Blitzblank Paket ..... 6 Pf.
Zündhölzer Paket ..... 35 Pf.

Preiswertes Schürzen-Angebot

Hausschürzen aus Gingham mit Borte besetzt ..... 95 Pf.
Hausschürzen aus Indigostoff 1.15
Blusenschürzen aus Gingham m. schön. Garnier. 1.25 1.65 1.95
Kleiderschürzen aus gut. Stoff mit türkischem Besatz .. 3.25 3.45
Kleiderschürzen aus vorzüglich. Gingham m. schön. Garnier. 3.95 4.50
Trägerschürzen m. Träg. aus gutem gemusterten Satin ... 95 Pf. 1.25
Teeschürzen aus gut. Batist m. reich. Garnier. 95 Pf. 1.25 1.45
Kinderschürzen aus grk. Batist mit rother Stickereigarnierung, Puffenröckchen und Bindeband .. 45—60: 1.95; 65—80: 2.25
Kinderschürzen aus gestreift. und glatten Stoffen mit schöner Garnierung ..... 45—60: 1.50; 65—80: 1.75
Kinderschürzen a. Moko-Köper mit gr. Tasche in drei Grössen ..... Stück 95 Pf.

Obst und Gemüse

Pflaumen ..... 2 Pfund 25 Pf.
Essbirnen ..... Pfund 10 Pf.
Kochbirnen ..... 2 Pfund 15 Pf.
Essäpfel ..... Pfund 15 Pf.
Kochäpfel große ..... Pfund 13 Pf.
Tomaten ..... Pfund 28 Pf.
Rotkohl ..... Pfund 7 Pf.
Wirsingkohl ..... Pfund 7 Pf.
Weißkohl ..... Pfund 5 Pf.
Mohrrüben ..... 3 Pfund 25 Pf.
Grüne Bohnen ..... Pfund 20 Pf.
Kohlrüben ..... Stück 10 Pf.

Geflügel

Gänse ..... Pfund 1.20 1.35
Suppen-Hühner ... Pfund 1.35 1.50
Junge Hühner .... Pfund 1.50 1.70
Tauben ..... 65—90 Pf.
Rebhühner zu billigen Tagespreisen

Mosel-Weine

1912er Caseler ..... 1/1 Fl. 95 Pf. 10/1 Fl. 9.00
1911er Lieserer Siederberg 1/1 Fl. 1.65 10/1 Fl. 16.00
1911er Lieserer Schlossbg. 1/1 Fl. 1.70 10/1 Fl. 16.50
1911er Lieserer Paulusbg. 1/1 Fl. 1.90 10/1 Fl. 18.50

Fleisch

nur Leipziger Str. u. Alexanderplatz

Schmorfleisch m. Knoch. Pfund 1.00
Roastbeef mit Knochen . Pfund 1.00
Rinderkamm ..... Pfund 95 Pf.
Gulasch ..... Pfund 95 Pf.
Kalbskeule geteilt .... Pfund 1.30
Kalbsrücken ..... Pfund 1.20
Kalbsvorderfleisch .. Pfund 1.20
Kalbshaxe ..... Pfund 80 Pf.
Hammelfleisch ..... Pfund 1.20
Pökelzunge ..... Pfund 1.20

Fische

leb., nur Leipziger Straße u. Alexanderplatz

Schellfisch ..... Pfund 28, 40 Pf.
la Angelschellfisch .. Pfund 55 Pf.
Kabeljau im ganzen, Pfund 35, 45 Pf.
Seehecht ..... Pfund 45 Pf.
Schollen ..... Pfund 45 Pf.
Klippfisch ..... Pfund 48 Pf.
Delikatess-Klippfisch Paket f. 4 Pers., 65 Pf.
Leb. Aale .... Pfund 78 Pf. bis 1.50
Leb. Karpfen ..... Pfund 1.10
Holl. Matjes-Heringe . Stück 10 Pf.
Extragrosse Heringe 2 Stück, 25 Pf.
Holl. Voll-Heringe .. Stück 10 Pf.

Wurstwaren

Zervelatwurst ..... Pfund 2.30
Salamiwurst ..... Pfund 2.30
Teewurst ..... Pfund 2.40
Knoblauchwurst ..... Pfund 1.95
Mettwurst n. Braunschw. Art Pfund 2.00
Brüh-Mettwurst ..... Pfund 1.40
Jagdwurst ..... Pfund 1.85
Landleberwurst ..... Pfund 1.50
Zwiebelwurst ..... Pfund 1.10
Rotwurst Pfund 1.20, Sülze Pfund 1.00
Schinkenstücke ..... Pfund 2.50
Rouladenwurst ..... Pfund 1.70

Butter und Käse

Molkerei-Butter ... 1/2 Pfund-Paket 1.00
Edamer Käse ..... Pfund 1.00
Limburger Käse ..... Pfund 80 Pf.
Faust- und Spitzkäse ... Stück 10 Pf.
Kochkäse ..... Pfund 80 Pf.
Weißer Käse ..... Stück 23 Pf.

Rhein-Weine

Preise m. Gläser

1912er Oberhaardter ... 1/1 Fl. 73 Pf., 10/1 Fl. 7.00
1910er Nordheimer .... 1/1 Fl. 95 Pf., 10/1 Fl. 9.00
1910er Bockenh. Riesling 1/1 Fl. 1.25 10/1 Fl. 12.00
1908er Kreuznach. Gutenh. Riesling 1/1 Fl. 1.90 10/1 Fl. 18.50

Rot- und Bordeaux-Weine

1913er Montagna 1/1 Fl. 73 Pf., 10/1 Fl. 7.00
1911er Le Moulin 1/1 Fl. 95 Pf., 10/1 Fl. 9.00
1911er Gutanna .... 1/1 Fl. 1.15, 10/1 Fl. 11.00
1909er Saint Estephe 1/1 Fl. 1.40, 10/1 Fl. 13.50

Kolonialwaren

Maisgries ..... Pfund 45 Pf.
Maismehl ..... Pfund 45 Pf.
Tapiokamehl ..... Pfund 42 Pf.
Kartoffelmehl ..... Pfund 32 Pf.
Gerstenflocken ..... Pfund 48 Pf.
Faden-Nudeln ..... Pfund 60 Pf.
Backpflaumen ..... Pfund 58 Pf.
Gebrannter Kaffee veredelt durch das Taumsche Verfahren Pfd. 1.38 Pfd. 1.50 Pfd 1.60 Pfd. 1.80
Kaffee Spezial-Mischung aus Bohnen-Kaffee und Surrogaten ... Pfund 90 Pf.
Kuchenmehl ohne Brotmarke, backfertig, mit Milch, 1-Pfund-Paket 78 Pf.

Konserven

Musterdosen sind zur Ansicht geöffnet.

Stangenspargel extra stark .. 2-Pfd.-Dose 1.90
Stangenspargel 50—60 2-Pfd.-Dose 1.30
Stangenspargel dünn . 2-Pfd.-Dose 1.20
Brechspargel mittel .. 2-Pfd.-Dose 1.25
Brechspargel dünn ... 2-Pfd.-Dose 1.00
Brechspargel ohne Köpfe 2-Pfd.-Dose 90 Pf.
Junge Erbsen fein, 1-Pfd.-Dose 50 Pf.
Junge Erbsen mittelfein 1-Pfd.-Dose 40 Pf.
Jge. extra kleine Karotten 2-Pfd.-Dose 75 Pf.
Spinat ..... 2-Pfd.-Dose 45 Pf.
Jge. Wachsbrechbohn. 2-Pfd.-Dose 50 Pf.
Rote Rüben ... 10-Pfund-Dose 1.30

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die rechtliche Stellung der Krankenkassenbeamten und -Angestellten.

Dies Thema wurde am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung von Krankenkassenangestellten behandelt. Der Referent Krüger ging davon aus, daß die Reichsversicherungsordnung zwischen Krankenkassenbeamten und Krankenkassenangestellten unterscheidet. Weiter führte der Redner aus: Zu welcher der beiden Kategorien jemand gerechnet wird, ist nicht in der R.-V.-O. bestimmt, sondern ist im wesentlichen Sache der Auslegung. Die zur Beamtenkategorie Gehörenden haben die Rechte und Pflichten der Staats- und Gemeindebeamten. Die zuständigen Behörden sind nun bestrebt, den Kreis der Beamten möglichst weit zu ziehen. Auch im übrigen steht die Auslegung der Bestimmungen der R.-V.-O., welche sich mit den Kassenangestellten befassen, in vielen Punkten im Widerspruch mit den Versprechungen, welche die Regierungsvertreter bei der Beratung der R.-V.-O. im Reichstage gaben. Da die Angestellten auf die Auslegung und Anwendung der betreffenden Bestimmungen keinen Einfluß haben, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich damit abzufinden und auf die geltende Praxis einzurichten. Außer denen, die als Staats- oder Gemeindebeamte ein Amt in der Krankenkasse haben und denen, die auf Grund ihrer Tätigkeit in der Kasse ohne weiteres als Beamte gelten, werden auch diejenigen den Beamten zugezählt, die entweder auf Lebenszeit angestellt sind, oder ohne lebenslänglich angestellt zu sein Anspruch auf Ruhegehalt haben. Die dienstlichen Pflichten der Beamten werden durch ein von der Aufsichtsbehörde erlassenes Regulativ geregelt, während für die Verhältnisse der Angestellten eine vom Kassenvorstand aufzustellende und von der Aufsichtsbehörde zu genehmigende Dienstordnung geregelt werden. Die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim ist eine der ersten Kassen, welche eine Dienstordnung bekommen haben. Dieselbe setzt recht niedrige Gehälter fest.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Charlottenburg hat ein Regulativ, welches eine Reihe ungünstiger Bestimmungen enthält. So wird nichts darüber bestimmt, daß die seit vielen Jahren bei der Kasse Angestellten in Beamtenstellen übergehen können, ohne die für Anfänger vorgeschriebenen Prüfungen durchzumachen. Der Kassenvorstand ist weder im Prüfungsausschuß vertreten, noch hat er bei Aufstellung der Prüfungsordnung mitzureden. — In der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Halle sind für die Beamten Verhältnisse entstanden, wie sie selbst die ärgsten Pessimisten nicht erwarten konnten. Dort steht die Dienstaufsicht dem Oberbürgermeister und daneben dem Kassenvorstand zu. Im Regulativ wird bestimmt, daß ein Beamter, wenn er sich verheiratet, dies der Aufsichtsstelle mitzuteilen hat unter Angabe der Personalien der Frau sowie des Wohnortes und Berufs ihrer Eltern. Der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Halle war Mitglied eines genossenschaftlichen Revisionsverbandes und einer Genossenschaftsbank. Der Oberbürgermeister verlangte, daß der Geschäftsführer diese Nebenbeschäftigung aufgabe. Eine Beschwerde beim Minister hatte den Erfolg, daß der Minister entschied, das Verbot der Nebenschäftigung sei unzulässig. Es würde nur dann begründet sein, wenn durch die Ausübung einer Nebenbeschäftigung die Interessen der Krankenkasse geschädigt werden. Hierauf verfügte der Oberbürgermeister: Da der Geschäftsführer seine ganze Kraft in den Dienst der Krankenkasse zu stellen hat, so werden die Interessen der Krankenkasse durch die Nebenbeschäftigung geschädigt, deshalb wird dem Geschäftsführer die Ausübung der Nebenbeschäftigung untersagt. Kurz nach dem Erlaß dieser Verfügung reiste der Geschäftsführer für einige Stunden nach Berlin, wozu ihm der Vorsitzende der Krankenkasse Urlaub erteilt hatte. Die unmittelbare Folge davon war ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen dem Oberbürgermeister und dem Geschäftsführer. Kategorisch und in herrischem Tone verlangte der Oberbürgermeister sofortige Auskunft über Tag, Zeit und Zweck der Reise und schloß mit der Frage: „Wer hat Ihnen Urlaub erteilt?“ — Die erhaltene Auskunft genügte dem Oberbürgermeister nicht. Aufs neue und in immer schärfer werdendem Tone verlangte er weitere Auskunft, und da dieselbe zwar erteilt, aber nicht sofort eingegangen war, wiederholte er sein Verlangen mehrmals an ein und demselben Tage. Schließlich bekam der Oberbürgermeister über den Zweck der Reise die Auskunft, daß der Geschäftsführer wegen des zweiten Verbots der Nebenbeschäftigung eine Audienz beim Minister nachgesucht hatte. Zuletzt erhielt der Geschäftsführer über die Form seiner Antwort an den Oberbürgermeister von diesem einen Verweis. Auch über diese Angelegenheit hat der Geschäftsführer dem Minister eine Beschwerde eingereicht.

Unter Hinweis auf diesen Vorgang führte der Referent aus, daß die Angestellten der Krankenkassen gar keine Veranlassung haben danach zu streben, daß sie in die Kategorie der Beamten eingereiht werden, denn ihre persönliche Freiheit wird dadurch stark eingeschränkt. Sie haben die Pflichten der Staats- und Gemeindebeamten zu erfüllen, was sich auch auf ihr außerdienstliches Verhalten erstreckt und unter den heutigen Verhältnissen bedeutet, daß eine bestimmte politische Meinung oder wenigstens die Nichtbetätigung in einer mißliebigen politischen Richtung von ihnen erwartet wird. Wenn auch die Beamten pensionsberechtigt sind, so werden doch ihre Gehälter, die sie früher mit den Kassenvorständen vereinbart haben, in vielen Fällen herabgesetzt werden, da sie in dieser Hinsicht mit bestimmten Kategorien der Gemeindebeamten gleichzustellen sind und bei den Behörden das Bestreben obwaltet, die Tätigkeit der Kassenbeamten möglichst niedrig einzuschätzen und demnächst die Gehälter festzusetzen. Eine Erhöhung der einmal festgesetzten Gehälter können die Beamten nicht erreichen, während die Angestellten die Möglichkeit haben, durch Vereinbarung mit dem Vorstande ihre Gehälter aufzubessern. — Die Vorgänge in Halle mögen vereinzelt sein. Aber sie haben sich abgespielt in der Zeit des Burgfriedens. Daran kann man ermessen, was später hier oder dort vielleicht noch eintreten wird. Die Kassenangestellten als Gesamtheit haben guten Grund, sich davor zu hüten, daß ihnen die Beamteneigenschaft beigelegt wird. Sie müssen also darauf halten, daß sie vom Vorstand nicht auf Lebenszeit und auch nicht mit Pensionsberechtigung angestellt werden. Auch alle Einrichtungen, welche als Ersatz des Ruhegehalts betrachtet werden könnten, sind zu vermeiden, denn die Regierung wird versuchen, auch solche Ersatzeinrichtungen als Voraussetzung der Beamteneigenschaft hinzustellen. Aus den angeführten Gründen empfiehlt es sich also für die Angestellten nicht, nach Erlangung der Beamteneigenschaft zu streben.

Der Vortrag fand die Zustimmung der Versammlung.

Ein Kläffer.

Genosse Hugo Poetzsch erblickt in dieser weltgeschichtlichen Zeit seinen idealen Lebenszweck und seine vaterländische Pflicht darin, den „Vorwärts“ bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit anzubellfern und anzugeifern. Wir haben ihn bisher in seinem löblichen Tun ruhig gewähren lassen und dabei gedacht wie Goldschmidts Junge. Wir halten es aber doch für angebracht, das neueste Produkt der galligen Muse eines Hugo Poetzsch unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Bis zum Platzen von edler Entrüstung erfüllt, gießt er die Schale seines echt sozialistischen Zornes über „Unser Zentralorgan“ aus, indem er sich—reibt:

„Das „Hamburger Echo“ hat dieser Tage an einem Beispiel gezeigt, welcher „Kniffe“ sich der „Vorwärts“ bedient, um die Oeffentlichkeit zu täuschen. Die Berliner Parteiöffentlichkeit freilich nur — aber das ist gerade genügend. Der Zweck, in Groß-Berlin die Opposition gegen die Parteimehrheit zu stärken, wird damit erreicht.

Hier ein weiteres Beispiel: David hatte im Reichstag unter großem Beifall der Mehrheit der Fraktion den Standpunkt eben dieser Mehrheit vertreten. Schon die Tatsache allein, daß gerade David zum Redner bestimmt war, genügte, den Zorn des „Vorwärts“ hervorzurufen. Was tun, um dem Mißliebigen eins auszuwischen? Nichts einfacher als das. Tragen wir die Stimmen der bürgerlichen Presse zusammen, die alle in anerkennendem Sinne gehalten sind. Recht geschickt frisiert, die geeigneten Stellen nett herausgestrichen und so dem Leser serviert. Man denke: Da sagt zum Beispiel die „Voss. Ztg.“, in Davids Rede habe auch „nicht der Ausdruck des Stolzes und der Bewunderung für die Taten unserer Heere“ gefehlt. Das ist in höchstem Grade kompromittierlich! Wie kann man die Taten unserer Volksgenossen im Felde bewundern. Wenngleich unter den Tapferen sich Hunderttausende von Sozialdemokraten befinden? Da ist Kowno gefallen, Warschau genommen, Nowo-Georgiewsk erobert, der „Vorwärts“ hat darüber kein Wort zu sagen. Die Leser dürfen dem „Zentralorgan“ dankbar sein, daß es ihnen die Berichte aus dem Hauptquartier zur Kenntnis bringt. Darüber hinaus keine Zeile der Anerkennung des Heldenmutes unserer Truppen, die auch mit zum Schutze der „Vorwärts“-Leute ausgezogen sind.

Schwieriger ist es schon, die Eroberung großer Festungen in strategischer und politischer Hinsicht zu würdigen. Das tun die „Leipziger Volkszeitung“, die „Bremer Bürgerzeitung“ und andere Parteiblätter trotz ihrer oppositionellen Haltung stets. Im „Zentralorgan“ wird man vergebens danach suchen. Das hieße ja nach den wirren und verwirrenden Anschauungen, die in der Redaktion des „Vorwärts“ herrschen, den „Krieg verherrlichen“. Schweigen wir also das größte Ereignis, das furchtbarste Geschehen, das jemals über die Menschheit gekommen, einfach tot. Dann existiert es nicht. Mißbegierige Leute mögen andere Zeitungen darüber nachlesen. Was in so zahlreichen Fällen geschieht, daß der „Vorwärts“ ständig an Lesern abnimmt, während die bürgerlichen Konkurrenzblätter sich recht gut dabei stehen, schmunzeln die ehemaligen „Vorwärts“-leser in ihren Abonnentenstand aufnehmen. Den Berliner Parteigenossen liegt es ja dann ob, aufs neue Abonnenten für den „Vorwärts“ zu werben. Zudem: Durch nichts läßt sich die mangelnde Befähigung, neue Probleme zu werten, alte, liebgewordene Schlagworte abzustoßen, besser verhüllen, als durch starre Negation, das Festhalten an den „altbewährten Prinzipien“. Dabei braucht man sich nicht in die geistigen Unkosten des „Umlernens“ zu stürzen. —

Der Genosse David hat also von der bürgerlichen Presse nur Lob erfahren. Selbst Freiherr v. Zedlitz hat in der „Post“ anerkennende Worte für den sozialdemokratischen Redner. Und alle begrüßen die Tatsache, daß der sozialdemokratische Block vom 4. August festgeblieben ist. Alle die kompromittierlichen Stellen (vom Standpunkt des „Vorwärts“ aus) sind in fetten Lettern den Lesern vor Augen geführt. An den Schandpfahl mit ihm, der solchermaßen von der bürgerlichen Presse belobigt wird. Er ist in höchstem Grade verdächtig. Dabei vergißt der „Vorwärts“, wie oft er selbst schon von den reaktionärsten und Regierungsorganen auch des feindlichen Auslandes belobt wurde, wie oft seine Artikel als Kronzeugen gegen Deutschland von den Telegraphenbureaus der feindlichen Regierungen über die Welt verbreitet wurden.

Nun hat sich aber auch die Parteipresse mit Davids Rede befaßt, die übergroße Mehrzahl der Blätter in zustimmendem Sinne. Davon weiß der „Vorwärts“ nichts zu erzählen, wie er so viele Dinge in der Partei nicht sieht und nicht hört. Damit hätte er den Berliner Lesern vor Augen geführt, daß die Partei in ihrer großen Mehrheit nach wie vor auf dem Boden des 4. August steht. Das muß möglichst verschwiegen werden.

Und darum heißt man dieses Blatt „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Wir halten es für unter unserer Würde, auf ein solches Gekeife zu antworten. Feststellen wollen wir nur, daß Genosse Hugo Poetzsch zu den Leuten gehört, die nicht genug über die parteizersplitternde Tätigkeit der anderen schmähen können. Sie natürlich sind unschuldsvoll und engelrein, und ihre Unschuld hält ihrer Fähigkeit des schnellen Umlernens die Wage. Wie eifrig sie aber bemüht sind, die Geistesfunken ihrer neu-sozialistischen Erkenntnis zu verbreiten und wie sehr sie sich die Erhaltung der Parteigeschlossenheit angelegen sein lassen, geht aus der Tatsache hervor, daß die Baumeistersche Korrespondenz J. K. für eine recht weite Verbreitung der Schimpfepistel eines Hugo Poetzsch sorgt. Wir hoffen, daß wir mit der Unterstützung, die wir heute ihrem edlen Beginnen zuteil werden lassen, endlich einmal die bisher von uns so schmerzlich vermißte Anerkennung des Genossen Hugo Poetzsch gefunden haben.

Aus der Partei.

Genosse Keimling verstorben.

Eine schmerzliche Mitteilung müssen wir machen: im Lazarett von Ostrolenka ist Genosse Alfred Keimling, der bald nach Ausbruch des Krieges seine Tätigkeit dem Roten Kreuz widmete, in Verfolg seiner Samaritertätigkeit verstorben. Bei der Behandlung Verwundeter und Erkrankter hatte er sich selbst einen tödlichen Krankheitskeim zugezogen. Der Verschiedene war am 10. Februar 1878 in Dresden-Löbtau geboren. Von Beruf war er Schlosser und war auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet, insbesondere auf dem Gebiet der Jugendpflege, außerordentlich rege. Unter anderem verfaßte er die Broschüre „Jugendpflege in Sachsen“. An dem ersten Kursus der Parteischule nahm er als Schüler teil und war nach dem einstimmigen Urteil seiner Lehrer und Mitschüler der Begabteste des Kursus. In emsigem Fleiß arbeitete er an seiner Weiterbildung. Als Redakteur war er vom Jahre 1907 bis 1914 in der „Leipziger Volkszeitung“ tätig. Seine besondere Kenntnis der sächsischen Verhältnisse und seine rührige Tätigkeit veranlaßten die Genossen, ihn zum Kandidaten für den sächsischen Landtag aufzustellen. In diesen wurde er bei der letzten Landtagswahl als Abgeordneter gewählt. Im Jahre 1914 legte er das Mandat nieder, um den Posten als Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu übernehmen. Seine hervorragenden Kenntnisse, sein unermüdlicher Fleiß und seine peinliche Gewissenhaftigkeit bei Ausübung der ihm übertragenen Parteifunktionen sicherten ihm reichliche Anerkennung, seine freundliche, bescheidene Art warb ihm viele Freunde. Seine Fähigkeiten ließen hoffen, daß er in noch erheblicherer Weise wie zuvor der Arbeiterklasse Dienste erweisen würde. Es hat nicht sollen sein: im Dienst für andere ereilte ihn der Tod. Sein Andenken wird als das eines lieben, unerschrockenen, bescheidenen und rastlosen Kämpfers von den Arbeitern in Ehren gehalten werden.

Morgari und Vandervelde.

Der italienische Genosse Morgari hat bekanntlich vor einiger Zeit eine Reise durch die Schweiz, durch Frankreich und England gemacht, um sich darüber zu vergewissern, ob und unter welchen Bedingungen eine Wiederherstellung der Internationale möglich sei. Auf dem Wege eines Interviews für den „Avanti“ gab Morgari dann einige seiner Reiseeindrücke zum besten und erzählte unter anderem von einem Gespräch mit Vandervelde, der sich gegenüber einer Anregung zur Zusammenberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus sehr ablehnend verhalten habe. Vandervelde hätte sich folgendermaßen geäußert:

Wir werden eine internationale Konferenz verhindern. Wir haben die Maschine der Internationale in unserer Hand, und wir wollen nicht, daß sie benutzt wird, um den Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit zu verhindern, der für den Triumph des Sozialismus unvermeidlich ist. Der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit aber ist aufs engste verknüpft mit dem Kampfe gegen den deutschen Militarismus.

In einem Brief an den „Labour Leader“ bestreitet nun Vandervelde die Richtigkeit der Wiedergabe seiner Worte in dem Interview.

Ich habe niemals zu Morgari gesagt, daß wir eine internationale Konferenz verhindern wollten, „da wir die Maschinerie der Internationale in unserer Hand hätten“. Als Mitglieder des Exekutivkomitees des Bureaus war es unsere Pflicht, das Bureau zusammenzuberufen, wenn es verlangt wurde, und natürlich haben weder meine Kollegen noch ich selbst daran gedacht, uns dieser Verpflichtung zu entziehen. Ich sagte daher zu dem Genossen Morgari, daß nach meiner Meinung ein Zusammentreten des Bureaus in der gegenwärtigen Zeit von keinerlei praktischem Nutzen sein könne. Tatsächlich erklärt die französische Sektion der Internationale, daß sie sich nicht vertreten lassen würde, da ein Meinungsaustausch mit den Delegierten der deutschen Sektion, die sich in der Mehrheit befinden, kein günstiges Ergebnis haben könne.

Aber ich wiederhole, das ist eine persönliche Meinung, es ist nicht meine Sache, sondern die des Exekutivkomitees, dem unsere holländischen Genossen bei Beginn des Krieges beigetreten sind, eventuell das Internationale Sozialistische Bureau zusammenzuberufen.

Morgari erklärt darauf im „Avanti“, daß er sich auf dem in dem Interview angegebenen Wortlaut der Ausführungen Vandervelds nicht versteifen wolle. Tatsächlich — und das stellt ja auch Vandervelde selbst nicht in Abrede — erachtet der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Bureaus es nicht für zweckmäßig, eine Sitzung des Bureaus anzuberaumen.

Aus Industrie und Handel.

Der Sterlingkurs.

Der „Economist“ vom 21. August führt aus: Seit der Erklärung der Unterseeboot-Blockade am 18. Februar durch Deutschland und seit der englischen Kabinettsorder vom 16. März, die jegliche Einfuhr nach Deutschland verhindern sollte, bis zum 19. August ist der Sterlingkurs von 4,81 auf 4,68 gefallen, während sich die Mark auf ziemlich derselben Höhe hielt. Das lag daran, daß Deutschland imstande war, die überhaupt erlangbare Einfuhr mit weniger hoch im Preise stehender Ausfuhr zu bezahlen. Außerdem daran, daß die vom deutschen Volk freiwillig übernommene Einschränkung und Sparsamkeit ihre Wirkung tat.

„Economist“ führt dann aus, wie England eine dreifache Rolle spiele, eine zur See mit der Flotte, eine zu Lande mit dem Heer und eine dritte finanzielle. Eine weitere Vermehrung des Heeres würde ernste finanzielle Schädigungen im Gefolge haben. England müsse für die Ausfuhr produzieren und brauche dafür seine Industriearbeiter dringend. Eine Einziehung dieser zum Heeresdienst würde die Ausfuhr verringern, d. h. das Land ärmer machen; denn England würde mehr ausgeben als produzieren! Es wäre denkbar, daß Amerika das gegen Munition von ihm zu fordernde Geld stunden würde in Gestalt eines monatlichen Leihbetrages von 20, 30 oder 40 Millionen Pfund.

Wenn das nicht geschieht, bleiben die beiden Möglichkeiten: der Vermehrung der Ausfuhr und neuer direkter und indirekter Steuern.

Abgesehen davon wünscht „Economist“

drittens „einen freien Goldmarkt“. (Es sei schwer, wöchentlich mehr als für eine Million Pfund Gold auszuführen, aber mit so viel solle man es wöchentlich zur Beruhigung der Börsen ruhig tun.)

und viertens Aufhebung der Börsenverkehrsbeschränkungen in London.

Dann würden mehr Leute ihre amerikanischen Wertpapiere verkaufen und die erlösten Beträge in englischer Kriegsanleihe oder in kommunalen Wertpapieren zu ihren wahren Marktpreisen anlegen.

Aufschwung bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Die Große Berliner Straßenbahn forderte jüngst von den Behörden die Zustimmung zu einer Erhöhung ihrer Tarife und stellte ihre Verhältnisse zur Begründung dieses Verlangens als derartig aussichtslos dar, als wenn der Bankrott unseres größten Berliner Verkehrsinstituts nur eine Frage der Zeit sei. Jetzt stellt sich heraus, daß trotz der Fortdauer des Krieges sich bei der Gesellschaft eine Besserung in den Einnahmen bemerkbar macht, die von Monat zu Monat sich steigerte und im August sogar dahin führte, daß die Einnahmen mit 3649354 M. die des August 1914 mit nur 3261254 M. übertrafen. Die Verwaltung bemerkt dazu:

„Die Mehreinnahme erklärt sich aus der zum Vergleich stehenden geringen Einnahme im August vorigen Jahres und aus den erhöhten Betriebsleistungen.“

Das ist nicht richtig. Auch im August 1913, ein Jahr vor Beginn des Weltkrieges, waren die Betriebseinnahmen mit 3 647 969 M. um 1385 M. geringer als in diesem August nach einjähriger Kriegsdauer. Man muß bis auf den August 1912 zurückgreifen, um höhere Einnahmen feststellen zu können. Und was die „erhöhten Betriebsleistungen“ angeht, so trifft dies vielleicht für das vorige Jahr zu, nicht aber für die Zeit vor dem Kriege. Jeder Berliner weiß, daß in Wirklichkeit die Betriebsleistungen zurückgegangen, daß viele Linien eingestellt und auf anderen die Verkehrszeiten verringert sind. Die höhere Einnahme ist vielmehr auf größere Ausnutzung des Materials durch Ueberfüllung der Wagen zurückzuführen.

Also verringerte Leistungen und erhöhte Einnahmen. Bei der Großen Berliner ist das Geschäftsprinzip: Lerne klagen, ohne zu leiden!

Gescheiterte Milliardenanleihe.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ erfährt aus Amsterdam: Alle Nachrichten aus New York und London bestätigen, daß die große englische Milliardenanleihe in Amerika auf „unbestimmte Zeit“ verschoben, in Wirklichkeit gescheitert ist. Die Morgangruppe sei mit europäischen Schatzwechseln geradezu übersättigt.

Ausfuhrbewilligung für Rinder.

Das Landwirtschaftsministerium der Niederlande hat unterm 23. August 1915 bestimmt, daß vom 13. September 1915 ab von Woche zu Woche Ausfuhrbewilligungen für lebende Rinder unter gewissen Bedingungen erteilt werden können.

Stadtverordnetenversammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 2. September 1915, nachmittags 5 Uhr.

Die Versammlung nimmt heute ihre seit dem 15. Juli durch eine tatsächliche Ferienpause unterbrochen gewesenen ordentlichen Arbeiten wieder auf.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung um ½6 Uhr und gedenkt sodann des am 6. August verstorbenen Kollegen Tolksdorf (Soz.).

Es erfolgt darauf die Einführung und Verpflichtung des für den verstorbenen Stadtv. Huff neugewählten Stadtverordneten Kaufmann Karl Braun (Linke).

Als Ersatz für Tolksdorf werden gewählt: in die Grundstückeigentumsdeputation Barthelmann, in den Rechnungsausschuß Stahl, in das Kuratorium der W. Fickert-Stiftung Nr. 2 Pfannkuch (Soz.).

Gegen die Richtigkeit der Gemeindewählerliste sind während der Auslegungsfrist vom 15. bis 30. Juli fünf Einwendungen erhoben worden. Die Liste wurde von 588 Personen eingesehen; die fünf Reklamanten fehlen, weil nach dem Material des Wahlbureaus drei in Berlin nicht gemeldet, zwei mit den Steuern im Rückstande waren. Es hat sich aber ergeben, daß die Ausschließung von der Liste zu Unrecht erfolgt ist. Die Versammlung beschließt deshalb die nachträgliche Aufnahme der Reklamanten.

Zur Kenntnisnahme liegt vor die Uebersicht über den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse für das erste Kalendervierteljahr 1915.

Stadtv. **Bissing** (Fr. Fr.) bemängelt, daß die Sparkasse jetzt ganz wie die nur auf Erwerb gerichteten privaten Hypothekenbanken und unter Berufung auf die fünfprozentige Reichskriegsanleihe Hypotheken nur zu 4⅝ und 4¾ Proz. prolongiere. Die Sparkasse solle doch ein gemeinnütziges Institut sein. Die Erhöhung des Zinsfußes drücke nicht nur die Hypothekenschuldner, sondern müsse auch die Wohnungs- und Mietsverhältnisse verschlechtern.

Stadtrat **Benzky**: Mir ist bloß ein Fall der Verlängerung mit 4¾ Proz. bekannt, sonst ist der Satz 4⅝ Proz. Die Hypothekenbanken prolongieren doch auch im Gegensatz zur Sparkasse nur vorübergehend. Manche würden gern 5 Proz. geben, wenn sie nur Hypotheken bekommen würden.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) ist ganz der Ansicht des Magistratsvertreters. Auch die Sparkasse müsse die Marktlage berücksichtigen.

Stadtv. **Manasse** (Soz.): Auch aus meiner Kenntnis muß ich bestätigen, daß mit außerordentlicher Kulanz verfahren wird. Die Hypothekenbanken nehmen doch ziemlich hohe Provisionen; das fällt bei uns ganz fort. Der Zinsfuß für die Spargelder ist doch auch von 3 auf 3½ Proz. erhöht worden; dieses halbe Prozent muß auch bei den Hypotheken zum Ausdruck kommen. Ebenso kommen die geringen Verwaltungsspesen immerhin mit ⅝ Proz. in Betracht.

Stadtv. **Bissing** bleibt dabei, daß die Sparkasse nicht kulant genug verfährt. Eine ganze Reihe von Hypothekenbanken mache es billiger und erhebe auch keine Abschlußprovisionen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Auf Grund der Vorschläge, die die 1909 gebildete gemischte Deputation zur Beratung über Aenderungen des bisherigen Verfahrens bei An- und Verkäufen und bei Vermietungen von Grundstücken gemacht hat, beabsichtigt der Magistrat, das Verfahren für Verkäufe dergestalt zu vereinfachen, daß bestimmte Grundstücke zum Verkauf gestellt und dafür immer auf drei Jahre von den Gemeindebehörden Mindestverkaufspreise festgesetzt werden. Die betr. Verwaltungsdeputation darf ohne weiteres die Grundstücke über oder zu diesem Nettopreise verkaufen; in geeigneten Fällen darf sie auch Makler zuziehen und Provisionen vereinbaren. Das bestehende Verfahren hat sich als viel zu langwierig und auch sonst als unzweckmäßig erwiesen. — Weiter sollen die Deputationen bevollmächtigt werden, auch alle Vermietungen — nicht nur die Verpachtungen — auf 6 Jahre statt 3 zu bewirken.

Stadtv. **Hintze** (Soz.) stimmt der Vorlage zu, wünscht aber, daß die Festsetzung der Mindestpreise in der Versammlung in geheimer Sitzung erfolge, und daß über die Verkäufe an die Versammlung regelmäßig, etwa alle halbe Jahre, Bericht erstattet werde.

Nachdem Stadtrat Wagner die Berücksichtigung beider Wünsche in Aussicht gestellt hat, gelangt die Vorlage zur Annahme.

Auf den städtischen Grundstücken Tieckstr. 18/19 soll ein einheitliches Feuerwachgebäude errichtet werden. Der Kostenüberschlag erreicht 243 000 M.; die Wache soll Automobilbetrieb erhalten.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage ohne Debatte.

Die auf dem Wasserwerk Müggelsee zu Versuchszwecken angelegte Teichversickerungsanlage soll zum Zwecke der künstlichen Erzeugung von Grundwasser erweitert werden. Die Kosten dürften 60 000 M. betragen und sollen aus Anleihemitteln bestritten werden.

Stadtv. Dr. **Zadek** (Soz.) befürwortet Ausschußberatung. Die seitens der Verwaltung von der Anlage erhoffte Wirkung sei nur sehr teilweise eingetreten. Das entsprechende Werk in Frankfurt a. Main habe vorzügliche Resultate geliefert, dort sei das künstlich erzeugte Grundwasser vom natürlichen nicht mehr zu unterscheiden; beim Müggelseewerk sei das Resultat aber jammervoll, und er verstehe nicht, wie man den Mut haben könne, die Versammlung zu einer Ausgabe zu veranlassen, die auf dem gleichen unzulänglichen Wege das dreifache Wasserquantum liefern solle. In der Vorlage von 1913 seien drei Wege zur künstlichen Wassergewinnung vorgeschlagen gewesen; davon habe man nur einen betreten und mit einem so mangelhaften Resultat, und doch wolle man nun auf diesem einen fortschreiten. Befriedigend sei das Ergebnis nur quantitativ, nicht aber in physikalischer und bakteriologischer Hinsicht. Man verderbe das gute Grundwasser durch die Mischung mit dem minderwertigen Oberflächenwasser, schneide sich also in das eigene Fleisch. Ja, man stehe nach den neuesten Nachrichten über die Beschaffenheit der Flußläufe, nachdem ein Cholerafall vorgekommen sei, vor der Gefahr der Verseuchung des Grundwassers.

Stadtrat **Benzky** bittet, die Vorlage ohne Ausschußberatung zu verabschieden. Er bestreitet entschieden die Stichhaltigkeit der Argumente des Vorredners. Das Frankfurter Werk werde zu Unrecht zum Vergleich herangezogen; hier seien die verschiedenen Bodenverhältnisse ausschlaggebend. Das Berliner Leitungswasser sei durchaus einwandfrei.

Stadtv. **Wolbersky** (Soz.): Ich habe in der Deputation für die Vorlage gestimmt; auch ist meine Fraktion für die Annahme ohne Ausschußberatung, da ihr die Begründung durchaus genügt. Der Kollege Dr. Zadek hat seine Ausführungen auf seine eigene Verantwortung gemacht. (Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Stadtv. Dr. **Zadek** kann einer Maßnahme, die auf Kosten der Qualität getroffen werden soll, seine Zustimmung nicht geben. Er fragt, ob denn das städtische Gesundheitsamt und der Stadtmedizinalrat mit der Angelegenheit befaßt worden seien.

Stadtrat **Benzky** bejaht beide Fragen und betont nochmals: Das Wasser ist vorzüglich, es gibt nirgends besseres Wasser als in Berlin.

Stadtmedizinalrat Dr. **Weber**: Die Umwandlung des versickerten Wassers in Grundwasser vollzieht sich nicht so rasch, wie wir wünschen, aber die Zeit unserer Beobachtung ist auch noch viel zu gering. Allmählich ist nach unseren Untersuchungen eine Besserung auch in bakteriologischer Beziehung eingetreten, wenn auch der Keimgehalt noch verhältnismäßig hoch ist. (Hört! hört!) Ich übernehme aber jede Bürgschaft, daß keine Gefahr, namentlich keine Choleragefahr besteht. In keinem Falle hat sich in dem Mischwasser ein höhere Bakterienzahl konstatieren lassen.

Der Antrag Zadek auf Einsetzung eines Ausschusses wird unter Heiterkeit gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Die Kriegszulage von monatlich 10 M. soll nachträglich ab 1. Juli cr. auch den städtischen Schwesternschülerinnen gewährt werden.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.) begrüßt die einer Anregung seiner Freunde entstammende Vorlage, ersucht aber um Auskunft, ob die in zwei städtischen Krankenhäusern fungierenden Viktoria-Schwesternschülerinnen auch unter die Vorlage fallen, da diese nur von „städtischen" Schwesternschülerinnen rede.

Stadtrat **Selberg** nimmt das als selbstverständlich an.

Der Magistratsvorschlag wird genehmigt.

Das Grundstück Gneisenaustraße 115, Ecke Belleallancestraße, muß durch die Nordsüdbahn unterfahren werden. Die Ankaufsverhandlungen sind an den zu hohen Forderungen der Eigentümer gescheitert; der Magistrat will nunmehr das Recht zur Unterfahrung im Wege der Enteignung erwerben.

Die Versammlung stimmt zu.

Um den andauernden Klagen der Anwohner der Putlitzstraße über die durch die Brückenrampenanlage entstandenen Verkehrsschwierigkeiten entgegen zu kommen, hat sich der Magistrat jetzt entschlossen, vor den Grundstücken Nr. 5 und 16 einen Rampenübergang durch Treppenanlagen herstellen zu lassen.

Die Versammlung tritt dem Vorschlage ohne Debatte bei.

Dem Schulverband Buch will der Magistrat zur teilweisen Tilgung der Restschuld, die von den Kosten des Schulerweiterungsbaues verblieben ist, ein Darlehen von 6000 M. gewähren; die Bedingungen für Verzinsung und Tilgung sollen erst nach Beendigung des Kriegszustandes festgesetzt werden.

Die Zustimmung der Versammlung wird ohne Diskussion erteilt.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Mutter ist auf Arbeit.

Im Schiffahrtskanal bei Plötzensee fiel am Mittwoch gegen 6 Uhr abends der 7 Jahre alte Sohn der Eheleute Teske, Liebenwalder Str. 89, beim Spielen ins Wasser. Passanten zogen den Knaben aus dem Kanal. Da aber ärztliche Hilfe nicht zu erlangen war, starb der Knabe, der bei der Rettung noch Lebenszeichen von sich gab. Der Vater des Knaben steht im Felde, die Mutter war auf Arbeit.

Solche Nachrichten mehren sich in letzter Zeit. Da wird gemeldet, daß ein Kind überfahren wurde oder aus dem Fenster stürzte, während die Mutter auf Arbeit war und der Vater im Felde steht. Außerordentlich aber häufen sich die Fälle, in denen Kinder wegen voraussichtlicher Verwahrlosung in Fürsorgeerziehung genommen werden. Grund: Der Vater steht im Felde, die Mutter muß arbeiten und die Kinder sind sich selbst überlassen.

Schon in Friedenszeiten waren vielfach beide Eltern genötigt, dem Erwerbe nachzugehen, und sie konnten sich um die Kinder nicht so kümmern, wie das notwendig war. Der Krieg hat diesen Zustand nicht gebessert. Wohl werden die Familien unserer Kriegsteilnehmer unterstützt, allein die Teuerung nötigt viele Mütter, noch Arbeit anzunehmen, um die Familie durchzubringen. Viele Kriegerfrauen werden direkt darauf hingewiesen, in Arbeit zu treten. Solange Arbeit im Hause verrichtet werden kann, mag das angehen, obwohl auch in diesem Falle die Kinder in Gefahr kommen, wenn die Mutter wegen Lieferung der Arbeit stundenlang vom Hause abwesend sein muß. Muß sie aber außerhalb des Hauses arbeiten, so sind die Kinder sich sehr oft selber überlassen, im günstigsten Falle der Obhut einer älteren Schwester oder eines Bruders anvertraut. Einrichtungen zur Beaufsichtigung der sich selber überlassenen Kinder sind zwar in Berlin in Gestalt von Kinderhorten vorhanden, aber einmal reichen diese Horte auch nicht annähernd hin, um das Bedürfnis zu decken, dann aber sind sie vollkommen unzulänglich, weil nur in bestimmten Tagesstunden die Kinder Aufsicht und Unterkommen finden können. Hier muß vor allen Dingen mehr für die aufsichtslosen Kinder getan werden. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, die Kinder den Gefahren der Straße, der Verwahrlosung auszusetzen und dann die Kinder in Fürsorgeerziehung zu stecken. Die vielen Millionen, die für Fürsorgeerziehung ausgegeben werden, sollten lieber für vorbeugende Maßnahmen verwendet werden, also dafür, daß die Kinder gar nicht erst der Verwahrlosung anheimfallen.

Dann aber sollten die Unterstützungskommissionen bei der Bewilligung der Unterstützungen weitherziger sein, als das heute der Fall ist. Es gibt Unterstützungskommissionen, und dazu gehört auch heute noch die Kommission Va, die in zahlreichen Fällen Kriegerfrauen überhaupt jede Unterstützung verweigern, wenn sie eine freiwillige Zuwendung des Arbeitgebers des eingezogenen Mannes erhalten. In letzterer Kommission wird Frauen, die beispielsweise von der Englischen Gasanstalt wöchentliche Unterstützungen bekommen, rundweg jede Unterstützung, sowohl Kriegs- wie Mietsunterstützung, verweigert. In kaum einer anderen Kommission wie in dieser vom Stadtrat Benzky präsidierten wird so engherzig gehandelt. Wer das Unglück hat, im Bezirk dieser Kommission zu wohnen, wird von vornherein schlechter behandelt als die Frauen in anderen Kommissionen der Stadt Berlin. Das ist ein unhaltbarer Zustand und darf unter keinen Umständen fortbestehen. Gerade Kommissionen, wie die hier bezeichnete, laden durch ihre Engherzigkeit eine schwere Verantwortung auf sich. Der Minister des Innern hat in seinen Anweisungen eine recht weitherzige Auslegung der Unterstützungspflicht empfohlen, auch die Gemeindebehörden wünschen das. Hat doch schon früher selber unsere Armenverwaltung den Grundsatz aufgestellt, daß hilfsbedürftige kinderreiche Familien reichlich zu unterstützen sind, weil die Mutter sich der Pflege der Kinder widmen soll; der Schaden sei viel größer, wenn die Mutter von Hause abwesend sei und die Kinder sich selber überlassen sind. Wieviel mehr sollte dieser Grundsatz den Frauen bei der Krieger gelten.

Der Ernährer steht im Felde und gibt sein Alles für die Daheimgebliebenen. Sorge man durch reichliche Unterstützung dafür, daß die Familie nicht Schaden leidet und daß der heimkehrende Vaterlandsverteidiger seine Frau und seine Kinder wohl und munter wiederfindet und nicht etwa die Kinder auf dem Friedhofe oder in der Fürsorgeerziehung besuchen muß.

Zum Raubmord in Weißensee.

Der Raubmörder des Fräulein Klauß läuft noch frei umher. Es sind zahlreiche Verdachtsmeldungen eingegangen, die geprüft werden. Ein Mann wurde als verdächtig verhaftet, aber bald wieder freigelassen.

Eisenbahnverkehr Berlin—Warschau. Zwischen Berlin—Warschau ist am 1. September eine Verbindung über Thorn—Alexandrowo—Skjernewize geschaffen mit Aufenthalt auf den Bahnhöfen Alexandrowo, Kutno, Lowitsch Nord, Skjernewize. Berlin ab 11.31 nachm., Alexandrowo ab 7.10 vorm., Warschau an 11.42 vorm. Warschau ab 5.56 vorm., Alexandrowo ab 10.22 nachm., Berlin an 6.06 vorm. Die Züge laufen zwischen Berlin und Warschau durch. — Außerdem verkehren zwei Schnellzüge zwischen Warschau und Kattowitz: ab Warschau 7.12 vormittags und 11.00 nachmittags, ab Kattowitz nach Warschau 10.42 vormittags und 10.45 nachmittags. Die Züge sind freigegeben für Militärpersonen und reichsdeutsche sowie österreichisch-ungarische Zivilpersonen. In der Richtung nach Deutschland ist ein Entlaufungsschein erforderlich, über dessen Beschaffung die Bahnhofskommandanturen Auskunft erteilen.

Auf dem Friedhof vom Tode ereilt.

Auf dem Georgenkirchhof in der Landsberger Allee sollte Mittwoch nachmittag der Oberbriefträger Maudt zu Grabe getragen werden. Lange Jahre war er im Kabinettspostamt tätig gewesen und die Beamten dieses Amtes, ihr Vorsteher Herr v. Brausche an der Spitze, standen an der Bahre versammelt, dem lieben Kameraden das letzte Geleit zu geben. Die Trauerfeier in der Kapelle war beendet und der Sarg zur Gruft getragen und herabgesenkt worden. Der Geistliche hatte den Segen gesprochen. Jetzt tritt auch Herr v. Brausche heran. Er will dem treuen Kameraden ein letztes Lebewohl senden und Erde auf seinen Sarg werfen, da sinkt er dem Nächststehenden in die Arme. Man glaubt zunächst an eine Ohnmacht und trägt den Leblosen in das Haus des Kirchhofsinspektors. Aber er erwacht nicht wieder, und der herbeigerufene Arzt kann nur den Tod feststellen. Ein Herzschlag hatte seinem Dasein ein Ende gemacht.

Im Berliner Aquarium ist ein riesiger Wels eingetroffen. Er stammt aus einem See bei Ortelsburg und ist nicht weniger als 160 Zentimeter lang und 65 Pfund schwer. Das mächtige Tier bewohnt im Verein mit verschiedenen Karpfen, von denen der größte jetzt im Alter von 15 Jahren einen viertel Zentner wiegt, das Doppelbecken Nr. 9 auf der Süßwasserseite.

Bekanntlich ist der Wels der größte deutsche Süßwasserfisch. Seine winzigen Augen und die langen zu Tastorganen ausgebildeten Bartfäden stempeln ihn zum schlammbewohnenden Nachttier, das seine vorwiegend aus Fischen bestehende Beute fast nur mit Hilfe des Geruchs und Gefühls wahrnimmt.

Kleine Nachrichten. Erhängt hat sich der Eisenbahnarbeiter Arno Neitsch aus der Steinmetzstr. 49, der im Begriffe stand, sich zu verheiraten. In einem hinterlassenen Briefe teilte er mit, daß er wegen unheilbarer Nervenkrankheit in den Tod gegangen sei, um seine Braut nicht unglücklich zu machen. Dieser vermachte er seine drei Sparkassenbücher, die zusammen über 7000 M. lauten. — Der Intendanturiekretär Schenk aus Oberschöneweide, der seit einiger Zeit vermißt wurde, wurde gestern aus der Dahme, in der Nähe von Grünau, als Leiche gelandet. Sch. scheint in einem Anfalle nervöser Ueberreiztheit in den Tod gegangen zu sein. — In der Flensburger Straße in Steglitz wollte gestern ein Herr Mielke kurz vor einem in der Richtung nach Berlin verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie L das Gleis überschreiten, wurde jedoch vom Bahnwagen erfaßt und umgestoßen. Er erlitt Rippenquetschungen und mußte nach dem Lichterfelder Kreiskrankenhause gebracht werden. — Wegen Doppelehe verhaftet wurde gestern ein Arbeiter Pannwitz aus der Schönhauser Allee. P., der in der Provinz verheiratet war, lernte hier ein Mädchen kennen, das er auf den Namen seines Bruders heiratete. Jetzt bei der Anmeldung zur Stammrolle kam die Sache heraus.

Aus den Gemeinden.

Kriegsfürsorge im Kreise Teltow.

Der Teltower Kreistag beschloß in seiner letzten Sitzung aus den Ueberschüssen der Kreissparkasse 253 969,10 M. für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. 134 000 M. sollen für den Ankauf eines Grundstücks, 50 000 M. für den Bau einer Verwundetenbaracke und 69 000 M. für ein Schwestern-Altersheim verwendet werden. — Die vom Kreise bewilligten 8 Millionen Mark für Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer sind verbraucht. Abzüglich der zurückerstatteten Beträge sind bisher 10 898 000 M. an Kriegsunterstützungen ausgezahlt worden. Allein im Juli wurden 76 636 Personen unterstützt. Es wurde daher die Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 10 Millionen Mark beschlossen.

Charlottenburger Kommission gegen den Lebensmittelwucher.

Wie bereits mehrfach erwähnt, sind auf Grund der Bundesratsbekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 von den Groß-Berliner Gemeinden Einrichtungen getroffen, um wucherische Preisbildungen zu erkennen und ihnen zu begegnen. Zur Prüfung der Lebensmittel im Kleinhandel ist für Charlottenburg eine Kommission geschaffen worden, die sich aus acht sachverständigen Vertretern der verschiedenen Lebensmittelzweige unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Herrn Klick zusammensetzt.

Soziales.

Ueberspannung der Pflichten von Kassenmitgliedern.

Der Neigung, die Rechte eines Kassenmitgliedes durch antisoziale Forderungen zu beeinträchtigen, tritt ein Erkenntnis des Oberversicherungsamtes Frankfurt a. O. entgegen. Diese Entscheidung ist insbesondere für Bauarbeiter wichtig.

Der Maurer E. aus Berlin arbeitete im Jahre 1914 bei einer Baufirma in Essen. Ostern fuhr derselbe nach Berlin und erkrankte hier. Er erhob bei der zuständigen Bauinnungskrankenkasse zu Essen den Anspruch auf Gewährung der statutarischen Leistungen (Arzt, Arzenei und Unterstützung.) Um sich vor Nachteile zu sichern, meldete sich E. bei der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, die aber die Unterstützung ablehnte, da kein Ueberweisungsschein vorlag. E. sollte nun einem Krankenhause überwiesen werden. Die Aerzte bescheinigten jedoch, daß die Krankheit des E. Krankenhausbehandlung nicht notwendig mache. Nunmehr forderte die Krankenkasse die Rückkehr des E. nach Essen, um sich dort von einem Kassenarzt behandeln zu lassen. Dieser Aufforderung kam E. nicht nach, da er hier in Berlin seinen Wohnsitz und seine Familie zu wohnen hatte. Die Krankenkasse zahlte nur das einfache Krankengeld, lehnte aber die Kosten für Arzt und Arznei ab, da er nicht einen Kassenarzt in Anspruch genommen habe.

E. war nach seiner Genesung nach Althütte (Kreis Arnswalde) übergesiedelt, erhob nunmehr bei dem dortigen Versicherungsamt Beschwerde. Dieses lehnte sein Verlangen, die Krankenkasse zur Zahlung der Arzt- und Arzneikosten zu verurteilen, ab.

Auf eingelegte Berufung wurde die Krankenkasse mit Recht, dem Gesetz entsprechend, zur Zahlung vom Oberversicherungsamt Frankfurt a. O. verurteilt. In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Nach den von der Rechtsprechung im allgemeinen festgehaltenen Grundsätzen ist der Erfüllungsort des Anspruches auf Krankenhilfe der Kassenbezirk; ein Ort außerhalb des letzteren aber nur dann, wenn er der Beschäftigungsort oder der Wohnort des Mitgliedes ist. Als Wohnort gilt im allgemeinen der Ort, wo der Versicherte tatsächlich wohnt. Ausnahmsweise ist als Wohnort des außerhalb Beschäftigten auch der Wohnort seiner Familie angesehen worden, der ein besonders geeigneter Pflegeort sei und deshalb als Erfüllungsort zu gelten habe. Diesen von höchsten Gerichtshöfen (vergl. Entsch. d. Bayer. Verw. G. G. vom 2. März 1896 und des Sächs. O. V. G. vom 28. Januar 1911) entwickelten sozialen Gedanken macht sich das Oberversicherungsamt zu eigen. In den erwähnten Entscheidungen handelt es sich allerdings um Versicherte, die wöchentlich nach Abschluß der Arbeitswoche zu ihrer Familie zurückkehren. Das trifft zwar auf den vorliegenden Fall nicht zu, demnach erscheint die Anwendung des obigen Grundsatzes geboten. Der Kläger arbeitete in Essen. Mit Osterurlaub seiner Arbeitgeberin, der Firma

Moldrings u. Fischer, verließ er Essen in gesundem, arbeitsfähigem Zustande. Das Arbeitsverhältnis lief weiter. In Berlin bei seiner Familie erkrankte er und ließ sich von dem Dr. S. daselbst untersuchen und behandeln. Der Arzt stellte Arbeitsunfähigkeit infolge von Blutarmut und Nervenschwäche fest. In einem so gelagerten Falle das Verlangen zu stellen, daß der Kläger seine Familie verlasse und sich auf eine lange Reise nach Essen-Ruhr zur ärztlichen Behandlung zu begeben, hält das Oberversicherungsamt nicht dem Gedanken der Krankenfürsorge entsprechend. Will die Kasse in einem solchen Falle nicht von den Bestimmungen der §§ 219—222 Reichsversicherungsordnung Gebrauch machen, wird sie verpflichtet zu erachten sein, die Kosten für die von dem Versicherten sich selbst beschaffte ärztliche Behandlung und für die nötige Arznei, soweit sie angemessen sind, zu tragen. Gegen den Satz von 20 M. für ärztliche Behandlung während der Zeit von April bis Juni 1914 ist nichts einzuwenden, ebenso wenig gegen den gleichen Betrag für Bäder und Medikamente, der auch von dem behandelten Arzte als angemessen bezeichnet ist."

Wohnungsnot.

Eine vom Statistischen Amt der Stadt Köln veröffentlichte Zusammenstellung über die Bautätigkeit in Deutschland während des ersten Vierteljahres 1915 zeigt deutlich, wie gering zurzeit die Bautätigkeit ist. In der Gesamtheit der deutschen Städte, von denen nur einige von der Statistik nicht erfaßt sind, entstanden nämlich nur 1310 neue Wohngebäude gegen 1637 im gleichen Viertel des Vorjahres. Der Zugang an Wohnungen betrug 7482 gegen 9593 im Vergleichsvierteljahr. Die Abnahme der Bautätigkeit trat besonders hervor in Dresden, Hannover, Lübeck, Berlin-Wilmersdorf, Barmen, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Duisburg, Nürnberg usw. Eine schwache Zunahme war zu beobachten in Elberfeld, Essen, Kassel, Danzig, Straßburg und Düsseldorf. An Wohngebäuden stellte sich der absolute Zugang am größten mit 261 in Köln. Dann folgen in großem Abstande Frankfurt a. M. mit 119 und Düsseldorf mit 115. In allen übrigen Städten blieb der Zugang unter 100. Zwischen 50 und 100 bewegte er sich in Bremen mit 80, Essen mit 77, Leipzig mit 69 und Hamburg mit 64 neuen Wohngebäuden. Weniger als zehn neue Wohngebäude wurden fertiggestellt in Altona, Bochum, Kiel, Danzig, Stettin, Berlin-Wilmersdorf (3) und Berlin-Schöneberg (1). In Mainz wurde im Berichtsabschnitt überhaupt kein Wohnhaus fertiggestellet. Der reine Zugang an Wohnungen war aber der absoluten Zahl nach mit 969 wiederum in Köln weitaus am größten. Es schließen sich nach der Höhe des Zugangs an Düsseldorf mit 817, Hamburg 643, Frankfurt a. M. mit 603, Leipzig mit 554, Charlottenburg mit 318 und Essen mit 309. Alle übrigen Städte blieben unter 300. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen stellte sich am höchsten in Altona mit 6,16. Ein reichliches Wohnungsangebot wurde außerdem ermittelt in Wiesbaden mit 5,87 Proz., Hamburg mit 5,57 Proz. und Düsseldorf mit 5,10 Proz. Zwischen 3 bis 5 Proz. belief sich der Vorrat in Berlin-Schöneberg (4,39), Charlottenburg (4,04), Köln und Barmen. Zwischen 2, 5 bis 3 Proz. in Berlin-Wilmersdorf (2,96), Krefeld, Breslau und Mainz. Noch nicht 1 Proz. leerstehende Wohnungen gab es in Braunschweig, Lübeck, Elberfeld und Stettin. Von Behörden, gemeinnützigen Vereinen und Baugenossenschaften wurden die meisten Arbeiterwohnungen (147 in 41 Häusern) in Essen hergestellt. Dann folgen Leipzig mit 109 in 14 Häusern, Köln mit 106 in 62 Häusern, Elberfeld mit 54 in 35 Häusern, Düsseldorf mit 48 in 4 Häusern. Dagegen kamen Wohnungen in Beamtenwohnhäusern in Zugang 46 in Köln, 25 in Hannover, 15 in Stuttgart, 13 in Duisburg und 2 in Erfurt.

Aus aller Welt.

Verurteilte Nahrungsmittelfälscher.

Die Milchpantschereien haben seit langer Zeit in Erfurt einen derartigen Umfang angenommen, daß sich vor einiger Zeit einmal der Bürgermeister veranlaßt sah, in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung zu erklären, es sei in Erfurt deshalb kein Vorwärtskommen in der Bekämpfung der Milchpantscherei, weil die Gerichte keine Freiheitsstrafen gegen die Milchverfälscher aussprächen; mit den obendrein oft sehr geringen Geldstrafen sei der Sache nicht gedient. Auch der Jahresbericht des städtischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes sprach sich dahin aus, daß die auffällige Zunahme der Wässerungen ihren Grund in der milden Behandlung der Straftat und in den viel zu niedrig bemessenen gerichtlichen Geldstrafen haben. Besonders ins Gewicht gefallen sei dabei, daß nicht in einem Falle auf eine Freiheitsstrafe erkannt worden sei.

Dieser Hinsweis scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. Nachdem die Erfurter Strafkammer schon kürzlich eine Milchhändlerin wegen Wässerung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt hatte, stand am Dienstag wieder ein schon elfmal vorbestrafter Milchpantscher, der Milchhändler Hermann Hildebrandt aus Gispersleben bei Erfurt vor der Strafkammer, dessen Milch bei der Untersuchung aus 43 Teilen Milch und 57 Teilen Wasser bestand. Die Strafkammer erkannte auf drei Monate Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in der Erfurter „Tribüne" und in dem bürgerlichen Blatte. — In einem anderen Falle wurde eine Milchhändlerin, deren Milch 15 Teile Wasserzusatz enthielt, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Aufsehenerregende Verhaftung in Köln. Der im Kölner Vorort Bayenthal wohnende Ingenieur und Architekt Franz Wohn, der ihm zur Ausgabe anvertrauter Kriegsgutscheine teilweise in eigenem Interesse verwandte, wurde verhaftet. Diese Festnahme erregt großes Aufsehen in der Stadt, da Wohn als Armenbezirksvorsteher und Inhaber hoher kirchlicher Ehrenämter hohes Ansehen genoß. Die städtische Armenverwaltung hatte ihn bereits vor einiger Zeit aus seinen Aemtern entfernt und Strafantrag gegen ihn gestellt.

Uebers Ziel geschossen. In der „Kreuz-Zeitung" lesen wir nachstehende Notiz: „Der Magistrat der Stadt Pollnow in Pommern geht in einer besonders nachdrücklichen Art und Weise gegen diejenigen Bewohner der Häuser in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt vor, die sich bei großen Siegesnachrichten nicht die Mühe machen, ihre Häuser zu flaggen. Dieser Mangel vaterländischer Gesinnung wird durch öffentliche Brandmarkung bestraft, wie nachstehende Bekanntmachung des Bürgermeisters in der Presse erkennen läßt: „Geflaggt waren nicht in den Hauptstraßen anläßlich der Eroberung von Brest-Litowsk die Häuser Markt 4 und Schloßstraße 7. Pollnow, 27. August 1915. Der Bürgermeister. Wendland." — Derartig gewaltsam patriotische Begeisterung hervorzurufen halten wir nicht für zulässig.

Die Cholera auf einem internierten deutschen Dampfer? Reuters Bureau meldet aus New York: Von Bord des in Hoboken internierten Dampfers der Hamburg—Amerika-Linie „President Lincoln" werden dreißig Krankheitsfälle gemeldet. Die Behörden vermuten, daß es sich um Cholera handelt. Die Mehrzahl der Kranken kam aus Kiautschou.

Pégoud im Luftkampf gefallen. Ueber Pégouds Ende werden aus französischer Quelle folgende Einzelheiten gemeldet: Pégoud fand im Verlaufe eines Kampfes, der Dienstag vormittag über Petit-Croix geliefert wurde, den Tod. Pégoud, der allein an Bord seines Flugzeuges war, hatte ein deutsches Flugzeug angegriffen und mehrere Patronenstreifen seines Maschinengewehres darauf abgeschossen, als er von einer deutschen Kugel getroffen und auf der Stelle getötet wurde. Das Flugzeug stürzte ab und fiel innerhalb der französischen Linien nieder.

Parteiveranstaltungen.

Wahlkreis Niederbarnim. Die am kommenden Sonnabend fällige Kreiskonferenz fällt aus. Der Kreisvorstand.

Bernau. Sonnabend, den 4. September, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Franz Salzmann. Bericht von der Kreiskonferenz. Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen.

Köpenick. Sonntag, den 5. September: Wanderung durch die „Märkische Schweiz" (Buckow). Abmarsch Sonnabend, den 4. Septbr., abends pünktlich 9½ Uhr vom Schloßplatz. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntagnachmittag 6 Uhr. Fahrgeld 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

F. 11. Die Kündigung konnte erfolgen. Die Frau muß zum 1. Oktober die Wohnung räumen. — **H. P. 4.** Weit wichtiger ist, daß die Frau des Verstorbenen die Kriegsrente bekommt. Sie hätte einen solchen Antrag beim Polizeirevier oder beim Bezirkskommando längst einreichen sollen. — **B. L. 31.** Sie sind zurückgestellt wegen bösartiger Geschwülste oder Auswüchse. — **A. M. 10. a.** 1. Ja. 2. Wenn Sie Invalidenrente beziehen, sind Sie nicht versicherungspflichtig, Sie brauchen deshalb die Kasse nicht. 3. Sie beziehen Invalidenrente, wenn Sie nur noch zu einem Drittel erwerbsfähig erachtet werden. 4. Diese Frage erledigt sich nach der vorhergehenden Antwort. 5. Halbinvalide und Ganzinvalide gibt es nicht. Die Berechnung der Rente können wir nur nach Einsicht in Ihre Quittungskarten vornehmen. 6. Sie brauchen selbstverständlich deshalb nicht aus der Gewerkschaft auszutreten. — **W. F. 53.** Nachmusterung kann erfolgen. Ob Sie für dienstfähig erachtet werden, können wir nicht wissen, das entscheidet der Militärarzt. Die Zeichen bedeuten: Herzleidend und Unregelmäßigkeiten in der Form des Brustkorbes. — **Ernst 30.** Wir wissen nicht mehr, wie Ihre erste Anfrage lautete. Sie werden schon zu uns in die Sprechstunde kommen müssen. — **W. B. 315.** Die Mutter hat Anspruch auf Kriegselterngeld. Sie soll einen dahingehenden Antrag bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes einreichen. Eventuell könnte sie auch für den jüngsten Sohn Kriegsunterstützung bekommen. Wir würden empfehlen, den Umzug der Mutter noch nicht zu bewerkstelligen, ehe nicht die Unterstützungs- und Rentensache erledigt ist. Die Rente wird ihr dann auch hier ausgezahlt. — **R. B. 38.** Nachmusterung und Einziehung zum Heeresdienst kann noch erfolgen. — **W. P. 100.** Richten Sie den Antrag an das Bezirkskommando. 2. Ja, wenn der Antrag beim Bezirkskommando abgelehnt werden sollte. 3. Der erstere Weg ist Erfolg versprechender. — **A. S. 22.** Das könnte dadurch bewirkt werden, daß der Betreffende durch die Polizeibehörde auf die Trinkerliste gesetzt wird und den Gastwirten es dann verboten ist, an ihn Alkohol auszuschänken. — **R. Z. 100.** Die Zeichen beziehen sich nur auf die Vorstellungsliste. Nachmusterung kann erfolgen. — **Otto 10.** Herzfehler, dienstfähig. — **K. 36.** 1. Kirchensteuer ist noch für das Jahr 1915 zu zahlen. 2. An das Bezirkskommando. — **F. B. 1889.** Sie sind wegen Lungenleiden für untauglich erklärt. — **G. G. 27.** Nein. **W. T. 13.** 1. Beide Personen können dafür nicht haftbar gemacht werden. 2. Nein. — **W. 1888.** Sie können natürlich das Geld zurückfordern; event. müßten Sie Klage erheben. — **W. U. 98.** Nein. — **W. Schw. 14.** Ja. — **Hedwig W. 25.** 1. An das Ersatzbataillon des Regiments, bei dem Ihr Mann gestanden hat. 2. Ja. 3. Nein. — **T. M. 25.** 1. Ja. 2. Das entscheidet der Militärarzt. — **W. G. 4790.** Ja. — **H. B., Jungstr. 28.** 1. Die Zinsen können nur für vier Jahre gefordert werden. 2. Ja. — **R. M.** Sie haben nur das Verwaltungsrecht an dem Vermögen Ihrer Ehefrau. Der Antrag auf Gütertrennung ist notariell oder gerichtlich zu beglaubigen und dem Amtsgericht des Bezirks, in dem Sie wohnen, einzureichen. — **200.** Die Wehrpflicht erlischt mit dem 45. Lebensjahre. — **O. F. 1.** 1. Die Witwe erhält 460 M. und das Kind 168 M. jährlich. 2. Nein. 3. Die Höhe der Löhnung des Gefallenen. — **A. H., Borkum.** 1. Das steht im Belieben des Kommandeurs. 2. Urlauber erhalten keine Verpflegung. 3. Nein. — **F. 76.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Klage kann auch ohne Rechtsanwalt durchgeführt werden. — **Urlaub.** Der Antrag ist an das Ersatzbataillon zu richten. — **H. B. 50.** Wegen schlechter Zähne dienstuntauglich. — **A. 11.** Krankheiten bzw. Fehler der Bewegungsorgane (Knochen Muskeln usw.), zurückgestellt. — **W. P. 12.** Ja. — **W. K. 48.** 1. Nein. 2. Asthmatische Beschwerden geringeren Grades, landsturmpflichtig. — — **R. L. 5.** Herzkrank; dienstuntauglich. — **500 Höller.** Einziehung kann noch erfolgen. — **G. 19.** 1. Die Eltern können Antrag auf Kriegselterngeld stellen. 2. Auf dem Polizeirevier. 3. Die Eltern haben keinen Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge. 4. Nein. 5. Ja. — **F. G. 89.** Kommen Sie zu uns in die Sprechstunde. — **O. T. 6.** 1. Nein. 2. Ja. Die Sparkasse ist verpflichtet, an Behörden Auskunft zu geben. — **A. B. 99.** Die Altersgrenze für den Landsturm ist nicht über 45 Jahre heraufgesetzt. — **O. S. 17.** Die Unterstützung kann für die drei Monate abgehoben werden. — **E. B. 28.** 1. Ja. 2. Die Mietsunterstützung wird wegen dieses geringen Betrages nicht verweigert werden. — **K. 36.** Kirchensteuer ist noch für das Jahr 1915 zu zahlen. — **Eilt 18.** Der Wirt kann Erfüllung des Vertrages verlangen. Wenn Sie nicht zuziehen, hat er trotzdem Anspruch auf die Miete. — **B. 70.** 1. Darüber können wir keine Auskunft geben. 2. Wann Sie einberufen werden, wissen wir nicht. — — **E. H. 1112.** 1. War nur projektiert, aber wieder aufgegeben. An dieser Stelle scheint das möglich zu sein. 2. Möglich vielleicht, aber sinnlos. 3. 300 M., von Namen unbekannt. — **H. H. 100** und **K. R. Rummelsburg** und **E. K. 93** und **F. St. 96.** Wenden Sie sich an den Metallarbeiterverband, Linienstr. 83—85. — **A. S. 40.** Zu erfahren beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Engelufer 14/15. Privatinstitute können wir nicht empfehlen. — **F. A. 25.** Verband der Schneider und Schneiderinnen, Sebastianstr. 37—38. — **F. K. 1866.** Sehen Sie nach im Adreßbuch 2. Band, Teil 2, Seite 285. — **A. J. 99.** Ja. — **Frankfurter.** Ihren Brief haben wir erhalten. Veröffentlichen dürfen wir Ihre Beschwerde nicht; wir wollen aber sehen, ob wir auf andere Weise für Abhilfe sorgen können. — **O. R. 21.** a) Im Durchschnitt 15 Jahre. b) ca. 10 Jahre. — **A. J. 111.** In diesen Staaten ist es mit der Statistik nicht vom besten bestellt. Die Quellwerke vermerken deshalb bei diesen Angaben „schätzungsweise". Das Unzuverlässige werden Sie auch aus den Zahlenangaben selbst merken. 1. 1910: 250 000 Einwohner. Wehrpflichtige (jeder waffenfähige Montenegriner) 36 726. 2. 1914: 415 000 Einwohner. Wehrpflichtige: dieselbe Anzahl. — **H. B. 36.** 1. Soll schon vorgekommen sein. 2. Erfahren Sie am besten im niederländischen Schiffahrtsbureau Unter den Linden. 3. Zu beziehen durch unsere Buchhandlung, Lindenstr. 3. 4. Nein. — **K. 85.** Beim Metallarbeiterverband, Linienstr. 83—85, dürften Sie die gewünschte Auskunft erhalten.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt. Im Osten meist geringe, im Westen stärkere Regenfälle, strichweise Gewitter.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Strelauer Viertel. Bezirk 322.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tapezierer

Hermann Berner

Warschauer Str. 65

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. September, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Görlitzer Viertel. Bezirk 206 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchdrucker

Bruno Schmidt

Liegnitzer Str. 16

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. September, nachm. 4½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

214/16 **Der Vorstand.**

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Hermann Berner

am 31. August nach langem Leiden im 59. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

178/14 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Am 29. August starb unser Mitglied, der Putzer

Ernst Seifert.

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.

Ferner starb am 31. August unser Mitglied, der Maurer

Ernst Dallwitz.

(Bezirk N I.)

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 5½ Uhr, von der Halle des Segens-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht

141/20 **Der Vorstand.**

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz.
Mitgl. d. A.-T.-B.
(Musikkorps.)

Schon wieder hat der unselige Weltkrieg von uns ein Opfer gefordert.

Am 13. August fiel bei einem Sturmangriff unser langjähriger Turngenosse und Mitbegründer unseres Musikkorps, der Unteroffizier

Walter Dutschke

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Wir verlieren in ihm ein treues, eifriges Mitglied; er war einer unserer Besten.

Sein Andenken wird uns unvergeßlich sein.

186/9 **Der Vorstand.**

Am 13. August fiel in dem großen Völkerringen durch Herzschuß mein lieber, herzensguter Mann, der treusorgende Vater seines Kindes, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Galvanoplastiker

Hans Doppelhammer

Jäger im 3. Rel.-Jäger-Batl. im 29. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
Marie Doppelhammer
geb. Wittig
Helmut Doppelhammer
und sämtliche Anverwandten.
Berlin-Britz,
Friedrichsbrunner Str. 1, Aufg. 2.

Du hast geglaubt, gehofft auf eine Wiederkehr,
Doch nun Dein Platz in unserm Heim bleibt leer,
Nichts bringt Dich Braven, Guten mehr zurück,
Zerrissen ist jetzt unser ganzes Glück.
Nun lieber Mann und Vater ruh' in Frieden,
Ewig beweint von Deinen Lieben.
Dem ewig gram, der diesen Krieg heraufbeschworen.

Am Mittwoch, den 1. September, verschied nach kurzer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Wilhelmine Mittelstädt

verwitwete Kriedemann
geborene Fibiger

im 80. Lebensjahre.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Familie Hermann Kriedemann,
Stargarder Straße 74.

Beerdigung: Sonnabend, den 4. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Niederschönhausen-Nordend, aus. 23A

Am 24. Juli cr. starb bei einem Sturmangriff den Heldentod fürs Vaterland unser lieber Kollege, der Korrektor

Wilhelm Kielblock

geb. 30. 10. 81 in Rügenwalde.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 2327b

Am 31. August cr. starb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer

Johannes Brandt

geb. 3. 11. 62 in Tiegenhof.

Auch ihm werden ein treues Gedenken bewahren

Die Kollegen
der Nordd. Buchdr., Berlin.

Die Einäscherung findet statt am Montag, den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/38.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins u. Umg.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel am 15. August 1915 durch Herzschuß unser braves Mitglied

Hans Doppelhammer.

Ehre seinem Andenken!

284/19 **Der Vorstand.**

Fern von seinen Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges am 21. August durch Kopfschuß mein lieber Mann, unser treusorgender Vater 49A

Willi Pape

Landsturmmann, Inf.-Reg. 43.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Anna Pape geb. **Pirke,**
Willi und Frida als Kinder.

Ruhe sanft in Feindesland!

Am 25. August starb als Opfer des Weltkrieges im Lazarett in Rußland mein lieber Sohn, der Schriftgießer

Paul Grosse

im Alter von 32 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Berlin, den 3. September

Franz Grosse als Vater,
Eugen, Rudolf und **Emil**
als Brüder, die letzteren beiden zur Zeit im Felde.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Hermann Thienwibel

am 31. August im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

66/18 **Die Bezirksverwaltung.**

Nachruf.

Am Sonntag, den 29. August verschied infolge Schlaganfalls unser langjähriger Lagerhalter

Robert Kotterba

im Alter von 53 Jahren. 164/14

In dem Verstorbenen verlieren wir einen langjährigen treuen Mitarbeiter, der stets sein Bestes für die Genossenschaftsbewegung eingesetzt hat.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend,
e. G. m. b. H.
Berlin-Lichtenberg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Heute Freitag, den 3. September, abends 8½ Uhr, Rungestr. 30:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer!

Die Bezirkssitzungen im September fallen aus.

Bezirk Süden.

Die Zahlstelle 7 ist von Ritterstr. 123 nach der Reichenberger Straße 185 bei Silesky, Ecke Elisabethufer, verlegt.

87/11 **Die Ortsverwaltung.**

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 317 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2. Garde-Reserve-Regiment; 3. und 5. Garde-Regiment z. F.; 7. Garde-Infanterie-Regiment; Grenadier-Regimenter Alexander, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 5, 6, 8, 9, 11 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 16, 17, 21, 23, 26, 27, 30, 31, 34, 37, 38, 40, 42, 43, 44 (s. Inf.-Reg. Nr. 372), 45, 46, 47, 52, 54, 55, 59 bis einschl. 63, 65, 66, 67, 69, 70, 72, 76, 82, 83 (letztere beiden s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 84, 86, 87 (s. Inf.-Reg. Nr. 146), 89, 90, 91, 92, 95 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 99 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 111, 113, 114, 115 (letztere beiden s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 116 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 118 (s. Inf.-Reg. Nr. 99), 141, 143, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 156, 158, 162, 165, 166, 167 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 173, 175, 176, 188, 190, 362, 368, 370, 372 und v. Kurnatowski. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 19, 22, 23, 26, 28, 29, 35, 37, 46, 57, 59, 61, 71, 72, 74, 76, 83, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 201, 202, 203, 204, 209, 213, 214, 217, 219, 221, 222, 223, 225, 227, 231, 233, 237, 251 bis einschl. 259, 261, 264, 265, 266, 268. Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 9. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 8, 9, 15, 16, 21, 34, 46 (s. Inf.-Reg. Nr. 146), 53, 66, 72, 84, 93, 109, 110 und v. Gundlach (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 93). Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 3. Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 20 und 115. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 28 (s. Inf.-Reg. Nr. 370), 34 (s. Inf.-Reg. Nr. 362), 37, 38, 39, 40 (alle vier s. Inf.-Reg. Nr. 368), 43, 79 (beide s. Inf.-Reg. Nr. 370), 81 (s. Inf.-Reg. Nr. 362). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 43 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 3). Landsturm-Infanterie-Bataillone: II Beuthen, II Dt.-Eylau, I Kosten, I Saarlouis, Zusammengesetztes Landsturm-Infanterie-Bataillon Marienwerder-Rastenburg (letztere beiden s. Inf.-Reg. v. Kurnatowski). Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon: Friedberg, 3. Heidelberg, 1. Worms, 10. des 4. sowie Nr. 8 und 20 des 7. Armeekorps. Garnison-Kompagnie Nr. 5 Antwerpen. Etappen-Sammel-Kompagnie Nr. 13. Jäger-Regiment Nr. 3; Bataillone Nr. 3, 4; Reserve-Bataillone Nr. 1, 4, 16, 18, 20, 24. Radfahrer-Kompagnie Müller des Gouvernements Libau. Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 6 der Maschinengewehr-Formation Halbig, Nr. 34 (s. Ref.-Jäger-Bat. Nr. 18) und Nr. 57.

Kavallerie: Regiment der Gardes du Corps; Garde-Husaren; Kürassiere Nr. 3, 6, 7; Schwere Reserve-Reiter Nr. 3; Dragoner Nr. 1, 4, 7, 15 (s. Ref.-Kav.-Abt. Nr. 75), 16, 20, 24 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83); Husaren Nr. 1, 9 (s. auch Ref.-Kav.-Abt. Nr. 75) und 14; Ulanen Nr. 1, 3, 5, 16 (s. Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 13); Jäger zu Pferde Nr. 4 und 13; Feldkavallerie-Regiment Nr. 1 des 6. Armeekorps; mobile Ersatz-Eskadron des 1. Armeekorps; 1. Landsturm-Eskadron (Deutz) Kürassier-Regiments Nr. 8; Reserve-Abteilung Nr. 75.

Feldartillerie: 1. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 8, 10 (s. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 62), 11, 17, 18, 20 (letztere beiden s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 27, 31, 37, 38, 41, 44, 45, 47, 50, 54, 55, 56 (s. auch Feldart.-Reg. Nr. 17), 59, 66, 67, 73, 74, 81, 86, 103; Reserve-Regimenter Nr. 17, 22, 62, 68, 69. Kanonen-Abteilung Frantz (s. Feldart.-Reg. Nr. 17).

Fußartillerie: 1. Garde- und 1. Garde-Reserve-Regiment; 2. Garde-Landwehr-Bataillon; Regimenter Nr. 1, 3, 4, 5, 7, 10, 11, 14, 15; Reserve-Regimenter Nr. 2, 8, 13, 15, 17; Reserve-Bataillon Nr. 40; Batterien Nr. 101 und 236.

Pioniere: Reserve-Kompagnien Nr. 77 und 221; 1. Landwehr-Kompagnie des 17. Armeekorps.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 1. Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 17 (s. Militär-Eisenbahndirektion Nr. 1). Kavallerie-Kraftwagenkolonne Nr. 12. Etappen-Kraftwagenpark der Armee-Abteilung Falkenhausen.

Train: Train-Abteilungen Nr. 2 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83) und 6; Pionier-Belagerungstrain Nr. 12. Fuhrparkkolonne Nr. 3 der 103. Infanterie-Division; Festungs-Fuhrparkkolonne Nr. 2 Metz. Etappen-Hilfsbäckereikolonne Nr. 1 des 18. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Schwere Artillerie-Munitionskolonne Nr. 28 der 3. Garde-Infanterie-Division; Artillerie-Munitionskolonne Nr. 84; Etappen-Munitionskolonne Nr. 52 der 9. Armee, Nr. 4 des 17. Armeekorps und Nr. 23.

Sanitäts-Formationen: Reserve-Sanitäts-Kompagnien Nr. 55 und 59; Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung der 11. Armee. Festungs-Lazarett Metz; Reserve-Lazarett Quedlinburg.

Kriegsschule Kassel (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83).

Bezirkskommando Bonn.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 217 meldet Verluste des 1., 2., 4., 5., 8., 11., 16., 17., 20., 23., 25. Infanterie-Regiment; 1. Jäger-Bataillon, Freising; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 8, 17, 20, 21; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 6, 7, 12; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 1, 2, 12; Landsturm-Infanterie-Bataillone Kempten und Weilheim; 4., 5., 20., 21. Feldartillerie-Regiment; Reserve-Feldart.-Reg. Nr. 8; 3. Fußart.-Reg., Ingolstadt; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 1; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 6; 1. Landsturm-Fußart.-Bat. 1. Armeekorps; Pionier-Regiment; Fernsprech-Abteilung 3; Mineurabteilung Nr. 1 (Ers.-Div.); Armee-Flugpark „v. Strantz"; Reserve-Pionier-Bataillone Nr. 2, 4; 1. Landwehr-Pionier-Komp., 3. Armeekorps; Armierungs-Bat. Nr. 1; Feldbäckerei-Kolonne 2, 3. Armeekorps.

Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 189 veröffentlicht Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 107, 108; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 100, 106, 107; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 101, 107; Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 24; Ersatz-Bat., Inf.-Reg. Nr. 329; Landwehr-Reg. Nr. 100; Pioniere: Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; Kompagnie Nr. 115; Reserve-Kompagnien Nr. 53, 54; Landwehr-Komp. 19. Armeekorps; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 104.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 23 der „Neuen Zeit" vom 3. September 1915 hat folgenden Inhalt: Friedrich Adler: Am Scheidewege zwischen Kolb und Bebel. — Otto Jenssen: Die Blinden und der Krieg. — Fr. Mehring: Kriegsgeschichtliche Probleme (Fortsetzung.) — J. S.: Zwei französische Kriegsbücher. — Literarische Rundschau: Professor Dr. M. Silberglett: Die Ausbungerungsgefahr? — Professor Dr. Gustav Roloff: Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren. — Adolf Heilborn: Allgemeine Völkerkunde. — Ernst Viktor Zenker, Soziale Moral in China und Japan. — Anzeige.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 18. Nummer des 32. Jahrganges erschienen.

A. Wertheim G. m. b. H.

Freitag und Sonnabend:

Kolonialwaren

Kaiser-Auszug Ersatz-Mehl zur Bereitung von Kuchen .... Pfund **60** Pf.
Tapioka-Mehl zur Bereitung von Saucen, Speisen, Kuchen ..... Pfund **38** Pf.
Kartoffelmehl ..... Pfund **30** Pf.
Maisgrieß ..... Pfund **42** Pf.
Weizengrieß ..... Pfund **68** Pf.
Perl-Sago ..... Pfund **58** Pf.
Gerstenflocken ..... Pfund **62** Pf.

Suppen nach böhmischer Art besonders für Lazarette, Pensionen geeignet Ochsen-Nieren, Rindfleisch, Spargel, Leber, Hühner, Schinken, Schoten mit Kalbfleisch, Jäger .... Pfund **1.20**

Speisenfabrikate gefärbt:

Stjerna-Pudding m. versch. Geschm., 2 Pak. **55** Pf.
Eier-Pudding mit versch. Geschmack, 2 Pak. **55** Pf.
Exquisite-Pudding .... 2 Pakete **55** Pf.
Cumberland-Pudding .. 2 Pakete **65** Pf.
Mandel-Rosinen-Pudding 2 Pakete **65** Pf.
Krachmandel-Pudding .. 2 Pakete **55** Pf.

Soweit Vorrat

Geflügel

Gänse ..... Pfund **1.25** u. **1.40**
Enten ..... Pfund **1.90**
Suppenhühner ..... Pfund **1.40** u. **1.60**
Brathühner ..... Pfund **1.50** u. **1.80**
Tauben ..... Stück **68** u. **98** Pf.
Alte Rebhühner ..... Stück **1.35**

Räucherwaren

Bücklinge ..... Stück **10** Pf.
Sprottbücklinge ..... Pfund **85** Pf.

Moselwein

	einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
Obermoseler	67	65 Pf.
Wormeldinger	77	75 Pf.
1911 Wintringer	85	83 Pf.
1911 Langsurer	1.05	1 M.
1911 Senheimer	1.25	1.20

Rheinwein

	einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
1912 Edenkobener	67	65 Pf.
1912 Dürkheimer	72	70 Pf.
1912 Maikammerer	85	82 Pf.
1910 Eltviller	1.35	1.30
1911 Alsheim. Goldberg	1.45	1.40

Rotwein

	einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
1910 St. Barbera	87	85 Pf.
1907 Dernauer (Ahr)	1.35	1.30
1911 Oberingelheimer (Rh.)	1.70	1.65

Südwein

	einschl. Flasche	Flasche bei 10 Fl.
Fein. alt. Tarragona	1.15	1.10
Sherry I	1.50	1.45
Alter Malaga	1.70	1.65
Alter Douro-Portwein	1.90	1.85

Versand von Wein und Kolonialwaren

Versand-Abteilung: Berlin W 66

Soweit Vorrat:

Wurstwaren

Zervelat- u. Salamiwurst .. Pfund **2.50**
Teewurst ..... Pfund **2.50**
Bauernmettwurst ..... Pfund **2.30**
Berliner Mettwurst ..... Pfund **2** M.
Rollschinken ca. 6—8 Pfund . Pfund **2.80**
Mausschinken ca. 2—3 Pfund, Pfund **2.60**
Schinkenspeck in Stücken v. 1½-4 Pfd., Pfd. **2.60**
Kotelettstück geräuchert, zum Kochen und roh zu essen ..... Pfund **2** M
Preßkopf in Stücken von ca. 1 Pfd., Pfd. **1.40**
Jagdwurst ..... Pfund **1.90**
Landleberwurst ..... Pfund **1.50**
Rotwurst ..... Pfund **1.60** **1.30**

Für Feldpostbriefe:

Landleberwurst ..... Dose **1.90**
Würstchen mit Sauerkohl .. Dose **1.25**
Halberstädter Würstchen .. Dose **1.50**
Bratwurst ..... Dose **1.60**
Ochsenmaulsalat, Fleischsalat, Jägersalat, Delikateßsülze Dose **85** Pf.
Feldpostbriefe mit Wurstwaren in verschiedenen Preislagen.

Butter und Käse

Tisch- u. Tafelbutter Pfund **1.95** u. **1.98**
½-Pfund-Pakete **98** u. **99** Pf.
Landbutter ..... Pfund **1.78**
Romatour* ..... Pfund **1.10**
Stangenkäse ..... Pfund **95** Pf.
* *Nur Leipziger Straße*

Fleisch

Hammelkeule im ganzen . Pfund **1.25**
Hammelrücken im ganzen, Pfund **1.25**
Hammel dicke Rippe .. Pfund **1.20**
Hammel-Dünnung .... Pfund **1.15**
Pökelrinderzungen .... Pfund **1.20**
Ochsenschwanz ..... Pfund **85** Pf.

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen . Pfund **48** Pf.
Schellfisch ..... Pfund **25** u. **50** Pf.
Merlan Pfd. **28** Pf. **Makrelen** Stck. **15** Pf.
***Tafellachs** in ganz Fischen, Pfund **65** Pf.
Klippfisch in ganz. Fischen, Pfund **48** Pf.
Lebende Krebse Mandel **1.20** bis **4** M
Lebende Karpfen Pfund **95** Pf. u. **1.10**
Lebende Aale extra stark . Pfund **1.45**
* *Nur Leipziger Straße*

Obst und Gemüse

Kochbirnen ..... 3 Pfund **25** Pf.
Kaiserkronen ..... 2 Pfund **45** Pf.
Malvesirbirnen ..... Pfund **13** Pf.
Butterbirnen ..... Pfund **11** Pf.
Pflaumen ..... Pfund **13** Pf.
Brüsseler Trauben ..... Pfund **78** Pf.
Zitronen ..... Dtz. **55, 65, 75** Pf.
Mohrrüben ..... 3 Pfund **25** Pf.
Salat ..... 3 Kopf **10** Pf.
Kohlrabi ..... Pfund **5** Pf.
Weißkohl ..... Pfund **5** Pf.
Rot- und Wirsingkohl .... Pfund **8** Pf.

Salzfische

etwa 23 % Eiweißgehalt

Verkaufsstelle der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft

	Kopf- oder Schwanzstück	In ganzen Fischen	Mittelstück
Pfund	35 Pf.	40 Pf.	45 Pf.

Kostproben 11 bis 1 und 5 bis 7 Uhr

Herren-Bekleidung

Herren-Gummi-Mäntel .... **26** u. **33** M.
Regenhaut-Mantel etwa 500 Gramm schwer (als Feldpostbrief zu versenden) **17.50**
Militär-Unterzieh-Westen aus wasserdichtem Stoff, mit Aermeln, Fäncyfutter (als Feldpostbrief zu versenden.) **13.50**
Herren-Jackett-Anzüge dunkelgemusterter Cheviot ..... **34** und **42** M.
Beinkleider dunkel gestreift **6.75** **8.50** **12.50**
Anzüge für Jung-Mannschaften *(Ständiger Verkauf)* ..... **15** und **18** M.

Lebende Pflanzen

Phönixpalmen ..... **2.75** bis **7.25**
Kentien ..... **2.10** bis **6.25**
Latanien (Fächerpalme) . **3.95** **4.50** **6.50**
Araukarien ..... **80** Pf. bis **2.25**
Kokospalmen ..... **55** Pf. bis **2.25**
Aspidistra **1.50** **1.90** **2.25**
Pteris (Farren) ..... Topf **60** u. **75** Pf.
Spargelkraut verschieden. Arten, Topf **65** Pf.
Moostöpfe ..... **25** u. **30** Pf.
Tradescantien ..... Topf **28** Pf.
Astern verschiedene Farben ... Topf **35** Pf.
Priemeltöpfe ..... Topf **35** Pf.

Nur noch 2 Tage!

Grosser Wäsche-Verkauf

ausserordentlich günstige Kaufgelegenheit

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.